

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 17 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auskwärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Luther gegen Kontingentierung

Reichsbanksorgen um die Erhaltung der Währung

Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, bestätigt es sich, daß das Reichsbankdirektorium an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet hat mit der eindringlichen Warnung, es sei nicht in der Lage, die Gewähr für die Erhaltung der Währung weiterhin zu tragen, falls die Kontingentierungspolitik durchgeführt werden sollte.

Diese Meldung von ungewöhnlicher Tragweite ist veranlaßt durch einen Artikel der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, der unter der Ueberschrift „Was ist die Wahrheit? Ein gemeingefährliches Gerücht“ eben die Nachricht erörtert, die jetzt von der „Telegraphen-Union“ bestätigt wird. Das agrarische Blatt spricht von einem „Ballspiel mit dem Ausland“, von „ungeheuerlichen Behauptungen“, deren „vergiftende Wirkung nur durch eine bündige Widerlegung beseitigt werden könne. An Stelle der geforderten Widerlegung kommt nun die Bestätigung.

Der Brief des Reichsbankdirektoriums verfolgt bestimmt keine landwirtschaftsfeindliche oder überhaupt politische Absichten. Er ist vielmehr von einer ganz einfachen und vollkommen verständlichen währungspolitischen Angst diktiert. Die Kontingentierungspolitik, die dahin gerichtet ist, von bestimmten wichtigen Einfuhrwaren nur zahlenmäßig begrenzte Mengen ins Land zu lassen, bedeutet in der Tat für die Währung eine große Gefahr. Es ist die Pflicht der Reichsbank, Widerstand gegen eine Regierungspolitik zu leisten, die inflationistische Gefahren in sich birgt. Im übrigen steht ja das Reichsbankdirektorium in seinem Kampf gegen die Kontingentierung

innerhalb der obersten Reichsbehörden nicht allein. Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Probleme zu heftigen Auseinandersetzungen im Kabinett geführt haben, die ja dann auch in der Öffentlichkeit nachklangen. So hat der Reichswirtschaftsminister Warmbold schon am 27. September in Köln den Satz geprägt:

„Ein Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen wäre unmöglich, ohne eine in ihrem Ausmaß nicht zu übersehende Entwertung der Kapitalien der deutschen Wirtschaft.“

Die politischen Folgen des jetzt offen ausgebrochenen Konflikts sind noch nicht übersehbar. Vor agrarischer Seite wird ein Sturm gegen das Reichsbankdirektorium einsehen — aber wenn dort ein Personenwechsel erfolgen sollte, welcher verantwortungsbewußte Finanzmann könnte das Erbe eines Reichsbankpräsidenten antreten wollen, der aus dem Amt gedrängt wurde, weil er die Währung verteidigen wollte!?

So muß sich die Bombe der Reichsbankbriefe in der Richtung zur Regierung entladen. Herr von Papen hat in München alle, die ihm auf dem Wege seiner Außenpolitik nicht zu folgen gewillt sind, als „Feinde des deutschen Volkes“ bezeichnet. Will er diese Bezeichnung auch auf das Reichsbankdirektorium anwenden, das sich seiner Handelspolitik so entschieden entgegenstellt? Ueberhaupt hat die „autoritäre Staatsführung“ mit jedem Tage mehr Pech. Wenn selbst die Unternehmerpresse von den Lohnbruderexperimenten der Regierung abrückt und selbst das Reichsbankdirektorium sich gegen ihren wirtschaftspolitischen Dilettantismus wendet und vor seinen Folgen

warnt, dann scheint uns die Zeit gekommen, in der „die Autorität der Staatsführung“ reif für den Reflexhader wird.

Für das geplagte Volk aber erhebt sich die Frage: „Wie lange noch?“ und „Wo hin?“ Innenpolitisch Staatsstreichdrohungen der Regierungspresse, außenpolitisch Konflikte mit aller Welt, wirtschaftspolitisch vor neuer Inflationsgefahr — wie lange noch und wohin?

Vorhang! Vorhang!

In später Stunde meldet die Telegraphen-Union:

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Luther mit einer Reihe von Fragen. Unter anderem wurde auch das Schreiben des Reichsbankdirektoriums an die Reichsregierung, das sich mit den Auswirkungen der Kontingentierungspolitik befaßt, gestreift. Zu diesem Schreiben verlautet an zuständiger Stelle, die Reichsregierung stelle in Uebereinstimmung mit der Reichsbank fest, daß über einen internen Briefwechsel keine Auskunft gegeben werden könne. Das eine aber könne festgestellt werden, daß eine Gefährdung der Währung nicht behauptet worden sei und auch nicht vorliege.

Die Frage der Kontingentierungspolitik als solche wurde im Reichstagsbereich nicht behandelt und konnte auch nicht behandelt werden, da die deutsche Ministerialkommission von ihrer europäischen Rundreise noch nicht zurück ist. Erst nach ihrer Rückkehr, vermutlich in der nächsten Woche, können etwaige weitere Beschlüsse in der Frage der Kontingentierungspolitik gefaßt werden.

Wie lange noch?

Um das Volksbegehren

Am 12. September, unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags, hat die Sozialdemokratie ein Volksbegehren über die „Sozialpolitischen Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 beantragt. Sie hat, wie es die Verfassung und das Gesetz über den Volksentscheid verlangen, einen ausgearbeiteten Besetzungswurf beim Reichsminister des Innern eingereicht . . .

Damals sind, wie erinnerlich, von den Kommunisten die schwersten Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet worden. Ihr Vorgehen wurde als Manöver für Papen, als ein infamer Betrug usw. bezeichnet, und es hieß in der kommunistischen Presse wörtlich: „Herr v. Papen und die Unternehmer werden sich diesen Volksentscheid gern gefallen lassen.“ Der wilde Haß der Moskowiter gegen die Sozialdemokratie hatte sie wieder einmal blind gemacht. Sie höhnten darüber, daß das Volksbegehren sich nur auf einen Teil der Notverordnung beschränken solle und ließen gänzlich außer acht, daß die übrigen Abschnitte dem Volksentscheid durch jene Bestimmungen der Verfassung entzogen sind, nach denen über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen kann.

Wie töricht, ja man kann sagen, wie blödsinnig die Unterstellung gewesen ist, die Sozialdemokratische Partei habe im Interesse der derzeitigen Regierung gehandelt und ihr geradezu einen Gefallen erwiesen, muß sich auch für den blindwütigsten Kommunisten aus der Tatsache ergeben, daß heute, das heißt also nach mehr als einem Monat, von der Regierung bzw. dem Reichsministerium des Innern die Zulassung des beantragten Begehrens noch nicht ausgesprochen worden ist. Die amtlichen Stellen sind immer noch dabei, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zu prüfen. Auch ein an den Herrn v. Gayl in den ersten Tagen des Oktober gerichtetes Ersuchen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, diese Prüfung zu beschleunigen, ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Worauf die Reichsregierung hinaus will, ist klar. Sie möchte den Standpunkt einnehmen, daß der sozialdemokratische Antrag trotz seiner Beschränkung auf die sozialpolitischen Bestimmungen entgegenstehe, und daß also auch im vorliegenden Falle nur der Reichspräsident die Initiative zu einem Volksentscheid ergreifen kann. Ueber diesen Abjah des Artikels 73 der Weimarer Verfassung ist nicht nur von Staatsrechtslehrern, sondern ist auch im Rechtsausschuß des Reichstags schon lebhaft diskutiert worden, und Anlaß dazu bot vor allem ein Antrag auf Volksbegehren über die Aufwertung. Damals hat sich das Reichsministerium des Innern unter dem deutschnationalen Herrn v. Keudell die Auffassung zu eigen gemacht, daß die einschränkende Verfassungsbestimmung „weit ausgelegt“ werden müsse, mit anderen Worten, daß ein die Finanzen des Reichs be-

Fehlurteil im Börnicke-Prozeß

Eiserne-Front-Leute verurteilt — Zuchthaus für Teichmann

Das Sondergericht — Landgerichtsdirektor Meusel als Vorsitzender, die Landgerichtsräte Einhorn und Gebhardt als Beisitzer — verurteilte gestern die Mitglieder der Eisernen Front, die angeklagt waren, den Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten am 10. Juli in Börnicke verursacht zu haben, zu folgenden Strafen:

Die Reichsbannerleute Schmidt und Teichmann wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit Raubhandeln, den ersteren zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, den letzteren zu zwei Jahren Zuchthaus, die Mitglieder des Arbeiter-Kad- und Kraftfahrerbund Solidarität Vogt und Bachmann zu neun Monaten resp. zu 6 Monaten Gefängnis. Der Reichsbannermann Galle wurde freigesprochen.

Der SA.-Mann Becker erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen in Tateinheit mit Verstoß gegen die Notverordnung über Waffenmißbrauch 3 Monate Gefängnis, wegen des letzteren Verstoßes die gleich Strafe auch der SA.-Mann Schröder.

Naherdem wurden Schmidt und Teichmann verurteilt zu einer Bußzahlung von 500 Mark zugunsten eines der Verletzten und zu je 1000 Mark zugunsten der beiden anderen Verletzten.

Dem Verurteilten Schmidt soll nach Verbüßung von 9 Monaten Gefängnis für den Rest der Strafe eine Bewährungsfrist zubilligt werden. Der verurteilte Teichmann wurde sofort in Haft genommen.

Neue Zuchthausurteile

Hannover, 14. Oktober.

In Hannover wurden zwei junge Menschen, bisher nicht vorbestraft, auf Grund der Zuchthausverordnung wegen Rauferei zu je

einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Das Gericht erblickte in der Schlägerei einen politischen Zusammenstoß, weil die beiden Angeklagten den Gegner während der Schlägerei einen Nazi genannt hatten, obgleich der junge Mann mit den Nazis nichts zu tun hat. Der Angegriffene erklärte ausdrücklich, daß er keinen Wert auf Bestrafung lege. Der Staatsanwalt und der Gerichtsvorsitzende führten dennoch eine Verurteilung der beiden jungen Leute herbei.

Das gleiche Gericht verurteilte einen 29jährigen unverheirateten und lungenseidenden Arbeiter ebenfalls zu einem Jahr Zuchthaus, weil er einem Gefreiten im Dienst mit der Faust einen Schlag auf den linken Unterarm versetzt hatte.

Wahlfreiheit!

Wie Herr von Gayl es nie versteht

Der Parteivorstand hat sich an das Reichsministerium des Innern gewandt, um eine Aufhebung oder Voderung des Verbots für Versammlungen unter freiem Himmel zu erreichen. Der Reichsminister des Innern hat nun in einem Schreiben vom 13. Oktober mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, der Anregung zu entsprechen, „da die Voraussetzungen für eine derartige Maßnahme noch nicht erfüllt sind“.

Dem Parteivorstand war mitgeteilt worden, daß zwischen der Reichsregierung und dem Stahlhelm Verhandlungen über eine allgemeine Gefallenen-Ehrung am 1. und 2. November im Gange wären, die also vier Tage vor der Wahl, an Stelle des sonst üblichen Totenjann-

tags, dem 20. November, stattfinden sollte. Dabei sei beabsichtigt, für den 1. und 2. November einen allgemeinen Burgfrieden anzuordnen, so daß die übrigen Parteien gegenüber dem Stahlhelm, der die Gefallenen-Ehrung natürlich zu parteipolitischen Zwecken ausgestalten würde, benachteiligt würden. Der Reichsminister des Innern teilt auf eine dahingehende Anfrage lediglich mit, daß „der Erlaß eines allgemeinen Burgfriedens für den 1. und 2. November nicht beabsichtigt sei“.

Aufreizendes Verbot

Auch eine Folge der Papen-Rede

Das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt“ ist bis zum 18. Oktober — mitten im Wahlkampf — verboten! Grund: Kritik an der Münchener Rede des Herrn v. Papen!

Der Reichszanzler von Gottes Gnaden erklärt der demokratischen Republik den Krieg. Er ergeht sich in dunklen Drohungen und beschimpft diejenigen, die nicht so wollen wie er, als „Feinde des deutschen Volkes“.

Das „Kasseler Volksblatt“ hat auf diese ungeheuerlichen Herausforderungen geantwortet. Es ist dafür verboten worden!

Es geht kaiserlich zu in dieser Deutschen Republik!

Allgemeine Flugblattverbreitung

Alle Genossinnen und Genossen sowie Reichsbannerkameraden, Jugend- und Sportgenossen beteiligen sich

heute Sonnabend, den 15. Oktober

von den bekannten Stellen aus. Der Bezirksvorstand

Wie lange noch Reichskommissar?

Eine Erklärung des Reichsvertreters in Leipzig

Leipzig, 14. Oktober.

Am Schluß der Freitagvormittagsverhandlung im Staatsgerichtshof gab der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Gotheiner folgende Erklärung ab:

„Die Reichsregierung wünscht ein möglichst reiches Zustandekommen einer handlungsfähigen preußischen Staatsregierung, um das Reichskommissariat dann aufheben zu können. Im preußischen Landtag muß eine Mehrheit sich finden, die die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ermöglicht. Der Reichskommissar wird, wie bisher, auf diese Regierungsbildung hinarbeiten. Die einzelnen Maßnahmen nach dieser Richtung hängen von der Entwicklung der politischen Lage, insbesondere nach der Reichstagswahl, ab. Sie lassen sich im einzelnen heute von niemandem klar übersehen.“

Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte demgegenüber, damit sei klar erwiesen, daß die preußischen Minister endgültig und nicht, wie behauptet worden sei, vorübergehend abgesetzt wurden.

Preußen gegen Papen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

F. Kl. Leipzig, 14. Oktober.

Darf ein Reichskommissar, der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eingesetzt ist, von sich aus und durch seine jeweiligen Beauftragten in das Beamtenrecht eingreifen? Darf er und dürfen seine Beauftragten Beamte absetzen und in den Wartestand schieben und gleichzeitig andere in neue Stellen rücken lassen? Kurz: darf der angeblich zur Wiederherstellung der angebrochenen Sicherheit und Ordnung eingesetzte Reichskommissar die vollen Rechte und Befugnisse der verfassungsmäßigen Staatsregierung sich aneignen, und dürfen die Staatssekretäre, die mit der kommissarischen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt sind, ihrerseits selbst Minister spielen?

Diese Fragen wurden in der Nachmittags Sitzung des Staatsgerichtshofs eingehend behandelt. Der preußische Vertreter Dr. Brecht brachte hierbei erbauliche Einzelheiten zur Sprache, die sich bei der Abführung zahlreicher Beamten in dem sogenannten Staatsministerium der Kommissare abgepielt haben. Für die Entscheidung des Staatsgerichtshofs wird die Frage von Wichtigkeit sein, wie weit die Kommissarregierung sich selbst die Grenze hierbei gesetzt hat, die der angebliche Zweck der Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung ihr legen mußte.

Eine weitere Frage von weittragender Bedeutung ist diese: Wie weit unterliegen die Verordnungen des Artikels 48 überhaupt der gerichtlichen Nachprüfung? Selbstverständlich, daß das eine Frage ist, die mehr als ein Duzend Arbeiten auf dem Gebiete des Staatsrechts befruchten kann. Die Literatur darüber ist auch schon bergehoch angewachsen, nachdem auch zahllose Gerichte und Verwaltungsgerichte sich darüber mehr oder weniger ausführlich geäußert haben. Der Leiter der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags, Professor Peters-Klein vertritt die These, daß der Anwendung des Artikels 48 schon innere Schranken gesetzt sind. Diese Schranken in diesem Falle zu bezeichnen, sei Sache des Staatsgerichtshofs. Es müsse auf jeden Fall die Zweckgebundenheit der Verordnung über die Berechtigung des „Ermessens“ nachgeprüft werden, die zum Erlaß der Verordnung geführt hat.

Als Sachberater der Reichsregierung nahm Professor Jacoby in Leipzig in der Frage Stellung. Er will die Sache nicht so einfach ansehen wie der Vorredner, obgleich die herrschende Lehre eine Nachprüfbarkeit in gewissem Maße zugestehen. Er selbst aber halte an der Meinung fest, die er schon 1920 öffentlich vertreten habe, daß die Nachprüfung der 48er Verordnung nur dem Reichstag, nicht aber einem Gericht zustünde. Eine Ueberspannung des Rechtsgedankens könne zum Schaden des Staates ausschlagen, und deshalb müsse man eine weite Zurückhaltung in der Anlegung des Rechtsmaßstabes an politischen Entscheidungen üben.

Von preussischer Seite wurde demgegenüber noch einmal betont, daß zweifellos nachzuprüfen sei die Voraussetzung, daß die Maßnahme der Verordnung bestimmt sein müsse zur Anhaltung der Landesregierungen zur Pflichterfüllung gegen das Reich. In Wirklichkeit habe man z. B. den Ministerpräsidenten Braun und den Minister Severing nicht „zur Pflichterfüllung“ angehalten, sondern direkt davon abgehalten! Die anderen Minister, z. B. der Wirtschaftsminister, der Justiz- und der Landwirtschaftsminister hätten mit dem Vorwurf überhaupt nichts zu tun, die gegen Preußen erhoben wurden. Es liege also eine offensichtliche Ueberschreitung der dem Verordnungsrecht gezogenen Grenze vor. Daß es dem Reichskommissar gar nicht allein auf die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung ankomme, habe er in seinem Schreiben an den Landtagspräsidenten Kerkel ausdrücklich zugegeben. Dort nimmt er für sein Kommissariat die vollen Befugnisse der Staatsregierung in Anspruch. Die rigorose Ausgestaltung der Verordnung und ihre Folgen zeigen, daß andere Zwecke verfolgt wurden als die offiziell angegebenen.

Hierbei gab Dr. Brecht zu dem gestrigen Telegramm Papens und zur Ergänzung des preußischen Beweisanspruchs folgende Erklärung ab:

1. Das Telegramm antwortet nicht auf die Erklärung Preußens, sondern auf die Erklärung des Vertreters der Reichsregierung. In welchem Wortlaut diese Erklärung dem Reichskanzler vorgelegen hat, ist nicht ersichtlich. Also ist der Inhalt des Dokuments überhaupt nicht zu erkennen.

2. Der preussische Antrag spricht von Verhandlungen nur hinsichtlich der Unterstützung des Kabinetts von Papen durch die Nationalsozialisten. Daß solche Verhandlungen stattgefunden haben, kann angesichts der amtlichen Erklärungen der Reichsregierung vom 13. und 15. August nicht bestritten werden.

3. Im übrigen jagt der preussische Antrag nur, daß in diesen Verhandlungen den Führern der NSDAP die Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen sowie die Veränderungen der preussischen Regierung in Aussicht gestellt seien. Das wird in dem Telegramm des Reichskanzlers nicht bestritten.

4. Daß der Herr Reichskanzler oder ein anderer in seinem Auftrage selbst die Verhandlungen mit den NSDAP-Führern geführt hat, hat der preussische Antrag nicht behauptet. Der Herr Reichskanzler hat aber Inhalt und Ziel der Verhandlungen gekannt.

Schließlich wird in der preussischen Gegenerklärung bemerkt, daß der Staatssekretär Pfand über die Absichten der Reichsregierung und Herr von Gleichen vor allem darüber auszusagen könne, was er selbst über die Motive des Reichskanzlers wisse.

Brecht ergänzte diese Mitteilung mit der Bemerkung, daß er dem Bericht anheimstelle, über den Beweisanspruch im Rahmen seiner Gesamtberatungen zu entscheiden, wenn es nicht von sich aus schon die Tatsache als richtig unterstellen könne. Es stünde nichts im Wege, daß das Gericht später noch einmal in die Beweisaufnahme einträte, wenn es das für notwendig halte.

Verhandlungspause

Am Schluß der Nachmittags Sitzung machte Präsident Dr. Bumke darauf aufmerksam, daß eine Verhandlungspause bis Montag eintreten müsse.

Fememord in Braunschweig

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 14. Oktober.

In der braunschweigischen SA ist in den letzten Tagen viel Blut geflossen. Heute wird Braunschweig durch die Nachricht eines Fememordes aufgeschreckt. Auf der Landstraße zwischen Cremlingen und Oberförde wurde der Handlungsgehilfe Wilhelm Campe aus Salzwedel ermordet aufgefunden. Die Leiche lag am Straßenrand. Der Körper war von fünf Schüssen aus einer 9-Millimeter-Selbstladebüchse durchbohrt. Zwischen dem Opfer und seinem Mörder muß ein heftiger Kampf stattgefunden haben, denn das Gesicht weist viele Kratzwunden auf. Der Ermordete ist wahrscheinlich aus einem Kraftwagen, der mit fünf Personen besetzt war, hinausgestoßen worden. Der Kraftwagen trug die gefällte Nummer B 8280. Die Nummer ist seit Mai 1931 nicht mehr ausgegeben worden. Campe war Nationalsozialist und wurde früher im Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen genannt. Er stand zuletzt im Verdacht, seiner Bewegung untreu geworden zu sein.

Der Täter bekannt und flüchtig

Braunschweig, 14. Oktober.

Der Fememord an dem Nationalsozialisten Wilhelm Campe aus Salzwedel konnte sehr schnell aufgeklärt werden. Campe wurde aus einem Auto geflohen und dann durch sieben Schüsse getötet; vier haben die Brust, zwei den Kopf und einer den Hals getroffen. Als Mörder wird der flüchtige Kellner Walter Raune gefaßt. Raune war in der Stadtwache der SS in Braunschweig tätig und wohnte in dem SS-Heim am Petrikor-Wall. Von diesem SS-Heim nahmen viele Ueberfälle ihren Ausgang.

Der Oberstaatsanwalt hat eine Belohnung von 1000 M. für die Ergreifung des Raune ausgesetzt. Er wird sicherlich in anderen SA-Heimen Deutschlands, wahrscheinlich unter gefälschtem Namen, Unterschlupf finden. Die braunschweigische Polizei gibt an, daß der Führer des Wagens als Täter oder Mittäter ausscheide. Sie verweigert jede Auskunft darüber, wer den Wagen gesteuert hat. Auch über die anderen Mittäter wird zunächst jede Auskunft verweigert.

Deutschland lehnt Genf ab

Macdonald, Herriot und Mussolini einig

Die Londoner Besprechungen zwischen Macdonald und Herriot haben zu einer Einigung über die von England angeregte Viermächtekonferenz geführt. Da jedoch als Ort dieser Konferenz Genf bestimmt wurde, hat die Reichsregierung den Vorschlag abgelehnt, im Gegensatz zu Italien, das sofort seine Zustimmung erteilt hat.

Ueber die englisch-französische Einigung wurde am Freitag mittag in Paris ein Communiqué herausgegeben, in dem es heißt:

„Die französischen und englischen Minister haben sich dahin geeinigt, daß die Zusammenkunft die vier Mächte umfassen müßte und daß Genf der geeignete Versammlungsort wäre. Die Zusammenkunft würde einen offiziellen und vorbereitenden Charakter haben. Ihr Zweck wäre, die Mittel zu suchen und vorzuschlagen, um in wirksamer Weise das von der Abrüstungskonferenz im Rahmen des Völkerbundes unternommene gemeinsame Werk wieder aufzunehmen.“

Die Gründe, weshalb Deutschland Genf als Tagungsort ablehnt, werden an zuständiger Stelle etwa folgendermaßen dargelegt: es bestand die Gefahr, daß Deutschland bei einer Besprechung in Genf, wo alle übrigen Staaten ebenfalls vertreten sind, in die moralische Zwangslage gedrängt werde, an der eigentlichen Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, ohne daß seine Gleichberechtigungsfordernungen in genügendem Maße vorher anerkannt würden. Es wird vermutet, daß das auch die Absicht Frankreichs war, als es anstatt London Genf als Tagungsort vorschlug und bei Macdonald schließlich durchsetzte. Man hatte in Berlin anscheinend einen stärkeren Widerstand Macdonalds zugunsten seines eigenen, von Deutschland bereits angenommenen Vorschlags einer Londoner Viermächtekonferenz erwartet.

Ähnliche Bedenken äußert man in der Weltweilstraße übrigens auch gegen den in der öffent-

lichen Diskussion aufgetauchten Vorschlag einer Konferenz in Lausanne; nicht nur wegen der örtlichen Nähe von Genf, sondern auch wegen der althergebrachten unfreundlichen Haltung der Lausanner Presse gegen Deutschland, die die Stimmung einer Konferenz zu beeinflussen vermag, wie man bereits im Juni feststellen konnte. Dagegen scheint man hier keine Einwendungen gegen andere Schweizer Städte, z. B. in dem deutschsprachigen Teil der Schweiz oder in Tessin zu machen. Indessen ist vorerst offiziell von London aus nur Genf vorgeschlagen worden und infolgedessen konnte bisher kein Gegenvorschlag erfolgen. Die deutsche Ablehnung hat natürlich in London verstimmend gewirkt.

Den Franzosen kam sie jedoch durchaus nicht unangenehm, da sie Herriot die Möglichkeit bot, sofort öffentlich festzustellen, wie leicht es für Frankreich sei, sich mit England und auch mit Italien zu einigen, während Deutschland immer wieder Schwierigkeiten mache.

Am amtlichen englischen Stelle erklärt man die Frage des Ortes für unwesentlich, da England jedem Platz zustimmen würde, der allen anderen Nationen genehm sein würde. Aber es ist kein Zweifel daran, daß man verärgert ist. Man sagt: kaum sei es England gelungen, Frankreichs ursprüngliche Widerstände gegen eine Viermächtekonferenz zu überwinden, da mache Deutschland neue Schwierigkeiten.

Die schnelle Zustimmung Italiens

zu dem Vorschlag Herriots und Macdonalds ist ein neuer Beweis dafür, wie töricht es ist, wenn sich die deutsche Außenpolitik auf Mussolini stützt. Italien wußte, daß Genf der Reichsregierung nicht genehm ist und hat trotzdem sofort zugestimmt, weil ihm eben gute Beziehungen zu Frankreich und vor allem zu England viel wichtiger sind als eine „Ribelungentreue“, die nur ein Wunschgebilde unserer Nationalisten ist.

rührendes Begehren nicht zugelassen werden könne. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Rechtsausschuß ist dieser Interpretation entschieden entgegengetreten: die Bestimmung der Verfassung könne und dürfe nicht dahin ausgelegt werden, daß jedes Gesetz, das den Haushaltsplan irgendwie mehr oder weniger erheblich beeinflusse, ausgeschlossen werden müsse.

Wie liegen nun die Dinge bei den „sozialpolitischen Maßnahmen“ der Verordnung vom 4. September? Hier wird der Regierung die schon an und für sich verfassungsrechtlich mehr als zweifelhafte Ermächtigung erteilt, von sich aus Vorschriften zur Abänderung der Versicherungsgeetze und der Arbeitsverfassung zu erlassen, und eben auf Grund dieser Ermächtigung ist dann am 5. September die verhängnisvolle Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit ergangen. Vielleicht wird sich das Reichsministerium des Innern darauf berufen wollen, daß die Ermächtigung, wie es im Text heißt, gegeben sei „zur Erhaltung der sozialen Fürsorge“ (welche Ironie!) und „zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen“.

Ganz ohne Rücksicht aber auf die grundsätzliche Erwägung, nach der eine Nichtzulassung von Anträgen auf Volksbegehren nicht deshalb ausgesprochen werden kann, weil die Anträge irgendwie die Finanzen des Reiches beeinflussen, ist auf die Gefahr hinzuweisen, daß sich durch irgendeine Wendung über finanzielle Rückwirkungen in Zukunft jede Verordnung gegen ein Volksbegehren heb- und stichfest machen ließe. Jedenfalls kann es keinem Zweifel unterliegen — und die Bestimmungen über die Lohnkürzungen beweisen es —, daß für die sogenannten sozialpolitischen Maßnahmen nicht finanzielle Ueberlegungen in erster Linie maßgebend gewesen sind, sondern Rücksichten auf das, was die Regierung die Wirtschaft nennt und was sich richtiger unter dem Begriff des kapitalistischen Unternehmertums zusammenfassen läßt.

Eine Verweigerung der Zulassung des sozialdemokratischen Volksbegehrens würde also, wie wir ausdrücklich feststellen, weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinn der Verfassung zu vereinbaren sein. Auf alle Fälle aber muß es sehr sonderbar berühren, daß die Regierung eine so lange Zeit gebraucht, um zu einer Entscheidung zu kommen. Der Laibstand ist einfach und klar, doch selbst wenn man ihn verdunkeln will und wenn man sich bemüht, Zusammenhänge zu konstruieren, die in Wirklichkeit nicht bestehen, so müßte man schon längst zu einem Ergebnis gelangt sein. Niemand ist zwischen dem Termin eines Antrages auf ein Volksbegehren und der Entscheidung über seine Zulassung eine so lange Frist verstrichen, und wir erinnern beispielsweise daran, daß das berühmte Stahlhelmbegehren auf ein „Gesetz gegen die Verklaffung des deutschen Volkes“ von dem Minister Severing zwei Tage, nachdem es beantragt worden war, zugelassen wurde.

Wir haben unter diesen Umständen das Recht, von Verschleppungsabsichten der Regierung zu sprechen. Die Vermutung liegt nahe, daß sie die Zulassung verweigern will, daß sie aber andererseits aus wahlstatistischen Gründen die Ablehnung, über deren Wirkung sie sich klar ist, nicht vor dem 6. November aussprechen möchte. Gewiß kann sie sich formal auf das Fehlen einer Fristfestsetzung im Gesetz stützen. Doch für eine solche Ausrede werden die Arbeiter, um deren Interessen es geht, kein Verständnis besitzen. Sie werden die Verschleppung des Bescheides als Ablehnung auslegen und daraus bei der Wahl die Schlussfolgerung ziehen.

Rudolf Breitscheid.

Fall Kreuger II

Schwedischer Riesenkonzern wackelt

Stockholm, 14. Oktober.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Lorsten Kreuger, dem wegen fristloser Bilanzen zwei Jahre Zwangsarbeit drohen, wird bekannt, daß durch seine Aktienpapiere, die nach dem heutigen Kurswert 131 Millionen Kronen darstellen, an der Spitze eines Riesenkonzerns steht und fastlich der Besitzer einer großen Reihe Industrieunternehmungen, Zeitungsverlagen und Schiffahrtsgesellschaften ist, deren Schicksal nun fraglich wird. Zum Lorsten-Kreuger-Konzern gehören u. a. auch die Südbant und die Svea-Rederei, eine der größten Schiffahrtsgesellschaften Schwedens, an der Kreuger mit über 60 Millionen Kronen beteiligt ist. Diese beiden Unternehmungen sollen durch das Strafverfahren gegen Kreuger nicht bedroht sein.

Stinkbomben gegen Zentrum

Neue Wahlhetze von den Deutschnationalen inszeniert

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags, der die Beziehungen der Preussenkasse zur Domänenbank untersuchen soll, hielt gestern eine Sitzung ab, die der Vorsitzende gegen den Beschluss des Ausschusses einberufen hatte, weil seiner Meinung nach das vom Bericht erstatter vorzutragende Material so wichtig wäre, das keine Zeit mehr verloren werden dürfe, um es der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Damit war der parteipolitische Gesichtspunkt dieses Untersuchungsausschusses genügend klargestellt worden. Der Berichterstatter Abg. Steuer von der Deutschnationalen Partei hielt eine Rede, die sich auf die Informationen bezog, die ihm aus dem preussischen Finanzministerium zugestuft worden sind. Anscheinend hat man im Finanzministerium den deutschnationalen Antrag auf Untersuchung der Geschäfte der Preussenkasse als einen Befehl aufgefasst und nun Vernehmungen, die eigentlich der Ausschuss vorzunehmen hat, im Finanzministerium vorgenommen, um sie den deutschnationalen Anhängern auszuhändigen.

Der Berichterstatter trug das ihm übergebene Material vor, wonach angeblich die Preussenkasse für politische Zwecke Geld hergeben habe unter Überleitung auf verschiedene andere Banken. Der Präsident Klepper habe diese Zuwendungen aus einem Sonderkonto gemacht. Herr Staatssekretär Dr. Abegg seien Darlehen übergeben worden, von denen aber der Berichterstatter zugeben mußte, daß sie wieder zurückgezahlt sind. Die Stadt Köln habe über die Debi-Bank 12 Mill. M. Darlehen erhalten, und schließlich sei der „Kölnischen Volkszeitung“ über andere Banken ein Betrag von 2330000 M. zugewendet worden. Der Berichterstatter, der dem Ausschuss nur die Tatsachen vorzutragen hätte, erlaubte sich bereits das Urteil vorwegzunehmen und von Schiedungen, strafbaren Handlungen und ähnlichem zu reden.

Den Nationalsozialisten war dies der Anlaß, zu beantragen, den Bericht des Berichterstatters an die Staatsanwaltschaft zu senden, damit die Staatsanwaltschaft Verhaftungen vornehmen soll, um einer Verdunkelungsgefahr, Kollisionsgefahr und einer Flucht der Angeklagten vorzubeugen. Der Ausschuss, der diesen Antrag mit Hilfe der nationalsozialistischen, deutschnationalen und kommunistischen Stimmen selbstverständlich annahm, macht sich mit diesem Beschluss geradezu lächerlich. Das ist ihnen auch von sozialdemokratischer Seite genügend dargelegt worden, denn der Bericht ist noch lange kein Beweis, und für die Beurteilung darüber, ob strafbare Handlungen vorgenommen worden sind, ist die parteipolitische Verhehlung, die vor den Wahlen getrieben wird, wirklich nicht die richtige Triebfeder. Die Sozialdemokratie kann diese Untersuchung mit völliger Ruhe beobachten, sie ist an der Sache nicht beteiligt.

Man muß nur bewundern, mit welcher Demagogie im Untersuchungsausschuss die Rechtsparteien vorgehen. Entgegen dem Beschluss des Kabinetts des Landtags vom 15. Oktober ab auch Sitzungen der Ausschüsse nicht mehr abzuhalten, beschlossen die vereinigten Links- und Rechtsblockparteien, die nächste Sitzung am kommenden Dienstag abzuhalten und zunächst einmal das Kapitel: Darlehen an die „Kölnische Volkszeitung“ durch Befragung von Zeugen zu erledigen. Für diese Gesellschaft handelt es sich ja nur darum, Agitationsmaterial für die Wahl zu schaffen; denn eine objektive Würdigung der festzustellenden Tatsachen kommt für sie nicht in Frage. Sie wollen diese Verhandlungen nur wahlagitatorisch ausbeuten, um Herrn Dr. Bracht und Herrn von Papen Hilfeleistung zu geben, und zu diesem Manöver finden sich Kommunisten und Nationalsozialisten unter Führung der Deutschnationalen zusammen. Eine schöne Gesellschaft!

Harzburger Stinkangriff

Die bewährten Macher von Schmutz- und Verleumdungsfeldzügen in der Deutschnationalen Partei haben eine Stinkbombe geladen und geworfen. Sie richtet sich gegen die rechtmäßige preussische Regierung Braun-Severing-Hirtfelder, parteipolitisch gesehen aber vor allem gegen Zentrum und Staatspartei. Der Dreh, der zu dieser Stinkbombe benutzt worden ist, besteht darin, daß reguläre Handlungen der preussischen Regierung und gewisse Geschäfte der Preussenkasse mit der größten Unverfrorenheit als korruptive, ja, direkt als kriminelle Angelegenheit hingestellt werden und daß diese Methode der Verleumdung unterstützt wird durch das öffentliche Antrags, den Finanz-

minister Klepper zu verhaften. Selbstverständlich stellt dieser Antrag eine absolute Überforderung der Befugnisse des Ausschusses zur Inszenierung eines verlogenen Wahlschwinds dar. Aber das ist so klar, daß man sich darüber nicht weiter aufzuhalten braucht.

Die deutschnationalen Fabrikanten der Stinkbombe haben es sich im übrigen einfach gemacht. Sie haben befohlen, und gehoramt hat das Finanzministerium unter kommissarischer Führung eine sogenannte Untersuchung eingeleitet, das heißt, man hat Beamte unter Druck gesetzt und ausgehörcht und daraufhin einen Bericht zusammengestellt, den der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses ohne weiteres als absolute Wahrheit hinstellt. Feiner Untersuchungsausschuss, der von anderen eine Untersuchung anstellen läßt, die absolut unkontrollierbar ist und sie dann sofort in der Öffentlichkeit plakatiert. Das ist eine Form der öffentlichen Verleumdung unter Mißbrauch des Parlaments!

Die Brüder von Harzburg

Wenn die deutschnationalen Stinkbombenfabrikanten das Ergebnis dieser famosen Untersuchung des Finanzministeriums für so außerordentlich sensationell und belastend für den Finanzminister Klepper ansehen, daß sie die Aktien der Staatsanwaltschaft zuleiten wollen, so kann man nur fragen: Warum hat dies das Finanzministerium nicht von sich aus getan? Wenn die deutschnationalen Standesmänner recht hätten, dann hätte sich das Finanzministerium damit ja geradezu der Begünstigung schuldig gemacht!

Aber so ernsthaft und juristisch darf man dies Affentheater gar nicht ansehen. Es handelt sich um einen dreisten Wahlschwandel zugunsten der Deutschnationalen, die im Wahlkampf mit ihren wirklichen reaktionären Zielen nicht aufzutreten wagen. Und siehe da! Bei diesem Wahlschwandel, der sich parteipolitisch gesehen, in erster Linie gegen das Zentrum richtet, haben die Deutschnationalen Bundesgenossen gefunden, ausgerechnet bei den Nationalsozialisten, die sich bisher in Preußen als neue Bundesgenossen des Zentrums aufgepießt hatten. Die feindlichen Brüder von Harzburg, die sich mit Stuhlbeinen verprügeln und mit Resertischen und Wirtolenschüssen bedenten, haben sich hier zu einem gemeinsamen Stinkangriff gefunden. Der Berichterstatter des Ausschusses, der moralische Entrüstung markierte, als er die sogenannten Enthüllungen vortrug, war ausgerechnet der Deutschnationale Lothar Steuer! Erst vor kurzem haben ihn die Nationalsozialisten einen dreifigen Judenjungen genannt, aber jetzt sind sie ein Herz und eine Seele mit ihm, wenn es gilt, einen übel dufenden Gasangriff abzublasen. Denn wenn wir im Schmutz uns fanden, dann verstanden wir uns gleich!

Somit in diesen sogenannten Enthüllungen der Preußenregierung vorgeworfen wird, daß sie auf die öffentliche Meinung Einfluß genommen habe,

Optische Täuschung



„Hinter uns beiden steht das gesamte Volk, ich sehe es ganz deutlich hinter uns stehen!“

so können wir nur unser Bedauern aussprechen, daß nicht noch viel stärker dafür gesorgt worden ist, daß die für das Volk segensreichen Taten der Preußenregierung dem Volke auch zum Bewußtsein gebracht worden sind! Das Kabinett der Barone ist in dieser Hinsicht weit weniger zurückhaltend. Allein der parteipolitische Mißbrauch des Rundfunks stellt alles in den Schatten, was auf dem Gebiete der Einflußnahme auf die öffentliche Meinung vor dem Kabinett der Barone dagewesen ist.

Im übrigen: Es ist noch nicht lange her, daß Herr Göring von der subventionierten Regierungspresse gesprochen hat. Damit meinte er eine Presse, die deutschnationale Politik betreibt. Erst vor kurzem hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ eine außerordentliche Zuwendung erhalten und hat zur gleichen Zeit ihren Kurs von den Nazis weg und zum Kabinett der Barone hingedreht.

Die deutschnationalen, nationalsozialistischen Stinktöpfe werden in der Öffentlichkeit nicht den mindesten Eindruck machen. Die Fabrikanten sind hinlänglich bekannt, ihre Methode ist es ebenso und ihre Glaubwürdigkeit erst recht!

Sturm der feinen Leute Die Weinabteilung in der SA.

Ein SA-Mann schrieb am 4. April 1932 an einen Herrn von Marquardt in Wilmersdorf:

„Durch eine Ihnen bekannte Dame erfuhr ich Ihre werthe Adresse und zugleich, daß Sie mit der NSDAP sympathisieren. Ich gehöre der SA, Sturm 114, an und habe daher die Pflicht, neue Kameraden zu werben. Darf ich mir die Anfrage erlauben, ob Sie evtl. geneigt sind, der aktiven SA-Reserve beizutreten?“

Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß gerade der Sturm 114 einer der vornehmsten, der weniger revolutionären ist, in deren Mitte Sie sich unbedingt wohlfühlen würden.

Etwa sechs Kameraden sind ehemalige Offiziere, weitere vier adlig und der Rest sind Studenten, gute Bürger usw.“

In der NSDAP, wie in der SA, gibt es Abteilungen für Proleten und für feine Leute, eine Bierabteilung und eine Weinabteilung. Die Bierabteilung darf den Klamaul machen, den die Weinabteilung kommandiert. Sturm 33 muß schliehen, hauen und stechen — Sturm 114 aber ist „weniger revolutionär“. Die feinen Leute bleiben unter sich, und die Proleten werden auf Proleten gehegt. Damit sie nicht zur Einsicht kommen, muß Goebbels die Bierabteilung mit Nebenarten gegen die feinen Leute besoffen machen.

Naziblatt kein Amtsblatt Wegen unlauterem Wettbewerb verurteilt

Vor längerer Zeit berichtete der „Vorwärts“, daß sich die nationalsozialistische „Tageszeitung für Biesdorf, Rausdorf, Walsdorf“ als „Alleiniges Amtliches Bekanntmachungsblatt“ bezeichnete. Wegen dieser Bezeichnung ist gegen den Verleger der Zeitung ein Strafverfahren wegen unlauteren Wettbewerbs durchgeführt worden. Wie die Staatsanwaltschaft jetzt mitteilt, wurde der Verleger wegen der unrechtmäßig geführten Bezeichnung rechtskräftig zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aufreizung zum Verfassungsbruch

Ungehemmter Schrei nach dem Staatsstreich

Der „Vorwärts“ ist von der Regierung Papen verboten worden, als er seinerzeit von einem Programm des Verfassungsbruchs sprach. Seit der Münchener Rede des Herrn von Papen wird er von der ihm befreundeten Presse hemmungslos und wiederholt zum offenen Staatsstreich aufgefordert. Wir haben auf die freche Aufreizung der „Deutschen Zeitung“ hingewiesen. Im Regierungslager rührt sich nichts gegen diese ideelle Vorbereitung zum Hochverrat.

Diese auffällige Haltung veranlaßt die „Germania“ zu folgenden Ausführungen:

„Um so unbegreiflicher ist es, daß die Reichsregierung sich gegen diese verfassungsbrecherischen Zumutungen überhaupt nicht zur Wehr setzt. Das steht in einem unerwarteten Widerspruch zu der außerordentlich großen Empfindlichkeit, mit der sie gelegentlich auf den Vorwurf des Verfassungsbruchs reagiert. Wenn Zeltungen verboten wurden, weil sie diesen Vorwurf erhoben, dann ist es unverständlich, daß andere, der Reichsregierung nahestehende Blätter einen solchen Verfassungsbruch als eine vertrauensvoll

erwartete Selbstverständlichkeit hinstellen und behandeln dürfen.

Es ist allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung, selbst auf die Gefahr hin, die auf sie gesetzten Erwartungen zu enttäuschen, von diesen Treibern mit aller Entschiedenheit abtrüdt und unmißverständlich zu verstehen gibt, daß sie mit ihnen nichts gemein hat. Denn diese Treiberlein verbreiten eine Verunsicherung im Volke, die zu der auch vom Reichskanzler als notwendig bezeichneten politischen Stabilität in denkbar krattem Widerspruch steht.

Wenn der Stahlhelm 13 Jahre lang für die Grundlagen eines neuen Reiches nicht umsonst gekämpft haben soll, dann haben weit größere Gruppen des Volkes durch diese lange Zeit bestimmt nicht deshalb die Last eines zusammengebrochenen Staates getragen, um ihn nachher der Diktatur der allergeringsten Parteigruppe ausgeliefert zu sehen.“

Herr von Papen hat auf alle Aufforderungen, sich unambiguos zu erklären, geschwiegen. Das Hellbunkel gehört zum Wesen der „neuen Staatsführung“.



Jhr Auge sieht es: **SALAMANDER-ELEGANZ**
Jhr Fuss spürt es: **SALAMANDER-PASSFORM**
Und Sie wissen: **SALAMANDER-QUALITÄT**

Kulturaufgaben der Gewerkschaften

Vortrag von Theodor Leipart in der Bernauer Bundesschule

Western ging in der Bundesschule des ADGB in Bernau ein Lehrgang zu Ende, der von Betriebsfunktionären des Gesamtverbandes aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet besetzt war. Dieser Kursus schloß wurde von der Leitung der Bundesschule zu einer Kulturkundgebung gestaltet, an der sämtliche Haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder des Hauptvorstandes des Gesamtverbandes sowie andere führende Gewerkschaftsfunktionäre teilnahmen.

Der Kundgebung ging eine Besichtigung der modernen, nicht aber, wie in der Rechtsprelle schon mehrfach behauptet wurde, luxuriösen Wirtschafts- und Unterrichtsräume der Bundesschule voraus. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand ein Referat des Vorsitzenden des ADGB, Genossen Leipart, über „Die Kultur der Gewerkschaften“. Genosse Leipart führte in seinem mit Spannung und äußerster Beifälligkeit aufgenommenen Referat folgenden aus:

Nach einem Rückblick über die kulturellen Verhältnisse in der Vergangenheit stellte Leipart fest:

„Es ist der Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts, daß die werktätigen Schichten sich ihre Mitarbeit am öffentlichen Leben und damit auch ihre Anteilnahme an den Kulturgütern erkämpft haben.“

Leipart bezeichnete es als ein großes Verhängnis der Nachkriegszeit, daß es nicht gelungen ist, mit dieser Entwicklung eine grundlegende Umgestaltung unseres gesamten Bildungswesens herbeizuführen. Die Schuld liegt bei den intellektuellen Schichten, die den Geist der Zeit nicht verstanden haben. Weil unser öffentliches Bildungswesen versagt hat, galt es für uns, ein

eigenes Bildungswesen mit neuen Bildungs-idealen

auszubauen. Hierzu soll diese zentrale Bildungsstätte in Bernau die Grundlagen schaffen. Hier werden wir unsere Erfahrungen sammeln, um dann die örtliche und bezirkliche Bildung zu vertiefen. Wir besinnen uns auf unsere eigenen Bildungseinrichtungen, weil in dieser Krise die Arbeiterklasse nun wieder aus den Bezirken des öffentlichen Lebens verdrängt wird und wir die

geistigen Rückschläge, die sich daraus ergeben müssen, überwinden wollen.

Bekennen wir nicht, wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschüttert hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Bantzen gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niedererreichenden Kritik ein, zur Ratlosigkeit und zum Radikalismus. **Kulturpolitik und Kulturarbeit sind die einzigen Wege, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen.**

In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Halt. Ihre Ideen sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da.

Die Bedeutung, die die Gewerkschaften damit erneut gewinnen, zwingt uns, unsere Kulturarbeit zu überprüfen und zu den großen Fragen des kulturellen Lebens überhaupt Stellung zu nehmen.

Weiße Kreise unseres Volkes zweifeln heute an dem Sinn des technischen Fortschritts und greifen die Gewerkschaften an, weil sie sich zu ihm bekennen. Aber man vergißt dabei, daß es nicht die Technik an sich ist, sondern die Wirtschaftsform, in der die Technik verwendet wird, die den Menschen degradieren.

Wir sind überzeugt, daß erst in einer

sozialistischen Gesellschaftsordnung

die Technik sich voll zum Nutzen der Menschen entfalten kann.

Leipart ging dann auf die Vorwürfe ein, die den Arbeitern und ihren Gewerkschaften gemacht werden, sie seien materialistisch, nicht national.

„Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht imstande, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Sie schnürt uns das Leben ab, das wir in uns tragen.“

Wir führen unseren sozialen Kampf im

Interesse der Nation... Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteienbildung hinaus. Wir führen unseren sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien. Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich bisher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen...“

„Die nationale Idee kann nur verwirklicht werden, wenn der soziale Konflikt, in den der Kapitalismus alle fortgeschrittenen Völker stürzt, durch eine neue Gesellschaftsordnung überwunden wird.“

Nach einer Auseinandersetzung mit den Gegnern, die sich nicht nur auf Heimat und Nation, sondern auch auf das Christentum berufen, führte Leipart weiter aus:

„Unser Arbeitsrecht ist Menschenrecht.“

Unser Lohnkampf ist ein Befreiungskampf.

Der Kampf, den wir um die Rechtsgrundlagen, den wir gegen die letzten Notverordnungen der Reichsregierung führen, geht nicht nur um materielle Interessen.

Unsere Arbeit ist oft so unscheinbar. Man sieht die Kulturideen nicht, die sich nur dem erschließen, der von unserer Bewegung innerlich erfüllt ist.

Wir wollen Lebensfreude und Lebensgenuss für alle. Wir wollen, daß sich die besten Kräfte in unserem Volke zur geistigen und künstlerischen Freude erheben. Wir suchen die Lebensfreude in unserem Wirken, wo es auch immer geschieht. Wir suchen sie nicht zuletzt in der Pflichterfüllung. Das ist das Menschheitsbild, das uns vorschwebt, das wir jedoch nicht erreichen, solange die gegenwärtige Ordnung nicht überwunden ist.

Wir stehen in großen Auseinandersetzungen und vor schweren Entscheidungen. Wir wollen positive Arbeit in der Gegenwart. Aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine neue Ordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß. **Wir bekennen uns zur revolutionären Idee**, weil wir die Erkenntnis haben, die die besondere Lage uns unabwehrlich aufzwingt, daß unsere letzten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können.“

neuen Druck zu wehren, der auf sie ausgeübt werden soll.

Damit handeln die Gewerkschaften auch im wohlverstandenen Interesse der Arbeitslosen. Dem Arbeitslosen ist mit Arbeit nur dann geholfen, wenn er dabei nicht einen Schundlohn gegen die färgliche Unterstufung eintauscht. Die Spekulation, daß er mit wenig mehr als seinem Unterhaltungslohn sich begnügen könne, wenn er arbeitet, ist doch völlig gegenstandslos. Der Arbeitslose, der in Arbeit geht, muß keine verbrauchte Wäsche, seine abgerissene Kleidung, sein Schuhzeug ergängen, er muß sich wieder sattessen können, um arbeiten zu können, muß als Arbeitender eine Reihe eingegangener Verpflichtungen allmählich abdecken, kurzum, er kann nicht mit einem Hundelohn zurechtkommen.

Der Arbeitslose hat ein Recht auf Arbeit bei ausreichendem Lohn, und die bisherige Notverordnungspraxis hat in vielen Fällen die Behauptung der Gewerkschaften als richtig erwiesen, daß Neueinstellungen sehr wohl erfolgen können, ohne daß die Löhne der Arbeitenden und der Neueinstellenden noch extra gekürzt werden. Der neu eingestellte Arbeitslose ist nicht mehr der Arbeitslose, der er bis dahin war, er ist wieder Arbeitender.

Jeder demagogische Versuch, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften auszuspielen, weil sie sich gegen noch weitere Lohnkürzungen wenden, scheitert an die Einsicht der Arbeitslosen.

Die ganze Demagogie, das ganze Getöse, die Friedenspflichtdeklamationen, das alles erübrigt sich, wenn die verunglückte und praktisch erledigte Lohndruckverordnung zurückgezogen wird.

Beamtenrätemwahl

Schwere Naziniederlage

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Dresden, 14. Oktober.

Gegenwärtig liegen im Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden die Ergebnisse von 651 bei insgesamt 698 Dienststellen vor. Trotz eines von ihnen mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung geführten Wahlkampfes erlitten die Nationalsozialisten eine katastrophale Niederlage. Gegenüber 21505 Stimmen, die bisher für die Listen der Eisenbahnergewerkschaften gezählt wurden, erhielten die Nationalsozialisten ganze 3480 Stimmen. Es

steht danach schon fest, daß die Nationalsozialisten von 11 Sitzen im Bezirksgebiet nur einen einzigen erhalten werden.

Der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands erhielt bisher im Bezirk allein 10 194 Stimmen, und die in Sachsen ebenfalls zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gehörende Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer 3609 Stimmen. Beide dem ADGB angeschlossenen Verbände verfügen daher zusammen über die absolute Mehrheit.

„Behala“-Streik beendet

Körners Vorschlag angenommen

Der Vergleichsvorschlag zur Beilegung des Streiks bei der „Behala“, den Gewerbetat Körner in den Verhandlungen am Donnerstag gemacht hat, ist heute vormittag den Parteien zugestimmt worden. Hinsichtlich der Urlaubsregelung sieht er keine Veränderung der bisherigen Bestimmungen des Sondertarifs für die vor dem 1. November 1928 eingestellten Arbeiter der „Behala“ vor.

Während die Direktion in ihrem Angebot nur noch in diesem Jahr den alten Urlaub, im nächsten Jahr jedoch nur noch den dritten Teil des bisherigen Urlaubs gewähren wollte, setzt der Vergleichsvorschlag sowohl für dieses als auch für das nächste Jahr den Urlaub in der alten Höhe fest. Um für das Jahr 1934 eine Neuregelung der Urlaubsdauer herbeizuführen zu können, soll diese Bestimmung nur bis zum 30. September 1933 gelten.

Die Bezahlung der Wartezeit sowie die Bestimmungen über den Krankenlohn, Schutzkleidung usw. sollen nach dem Vorschlag der Direktion der „Behala“ geregelt, also verschlechtert werden.

In den Vergleichsvorschlag nicht aufgenommen ist die Forderung der „Behala“, in der der Neuaufschluß des Sondertarifs für die dienstälteren Arbeiter von der Zustimmung einer Klage vor dem Arbeitsgericht über die Auslegung einer Tarifbestimmung abhängig gemacht wurde.

Schließlich enthält der Vergleichsvorschlag noch die übliche Klausel, daß bei der Wiederaufnahme der Arbeit keine Maßregelungen erfolgen dürfen, der Streik nicht als Unterbrechung gilt usw. Für den Vorschlag ist eine Erklärungsfrist bis Sonnabend 10 Uhr festgesetzt.

Zu diesem Vergleichsvorschlag nahm die Belegschaft der Behala gestern nachmittag in einer Streikversammlung in den Residenzjessälen Stellung. Genosse Kellinger vom Gesamtverband legte den Versammelten nach einem Bericht über die Vorverhandlungen beim Schlichtungsausschuß das Für und Wider des Vergleichsvorschlages dar. Die Zentralstreikleitung, die sich vor der Versammlung eingehend mit dem Vergleichsvorschlag und der weiteren Entwicklung der Bewegung nach der eventuellen Ablehnung des Vorschlages beschäftigt hatte, empfahl der Versammlung einstimmig die Annahme des Vergleiches.

Nach einer ausgiebigen Debatte, in der natürlich die Meinungen über die Zweckmäßigkeit des Abbruchs des Streiks auf Grund dieses Teilerfolges auseinandergingen, wurde der Vergleichsvorschlag mit 201 gegen 92 Stimmen angenommen.

Die „Behala“ hat den Vergleichsvorschlag ebenfalls angenommen, so daß der Streik gegenstandslos geworden ist und die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen wird.

Arbeitsmarktthemen

Der Zentralverband der Angestellten (ZVA) schreibt uns:

Unendlich traurig ist das Los der Arbeitslosen. Besonders der Angestellte muß, wenn er längere Zeit arbeitslos bleibt, damit rechnen, daß er überhaupt nie wieder in seinen gelernten Beruf zurückkehren kann. Um wenigstens eine ähnliche Tätigkeit ausüben oder nachweisen zu können, greift er oft zu jedem zulässigen Mittel. Diese äußere Lebensnot, verbunden mit innerer Berufsnote, wird aufs gemessenloseste ausgenutzt, um den stellenlosen Angestellten auch noch die letzten Mittel aus der Tasche zu ziehen.

So bietet ein Münchener Warenversand und Reklamenerlag Karl Emrich, München, Gärtnerplatz 5, im Einzelteil meist norddeutscher Zeitungen an, daß er Heimarbeit durch Adressenschreiben bei einem Durchschnittslohn von 3 M. zu vergeben habe. Vor Uebernahme des Arbeitsmaterials verlangt er jedoch eine „Interessensicherheit“ von 3,50 M.

Nachforschungen unter der genannten Anschrift haben ergeben, daß es sich um einen jungen Menschen handelt, für dessen „Geschäft“ sich bereits die Münchener Polizei interessiert, und daß er in einer halbverwahrlosten Wohnung haust. Vor solchen Angeboten ist dringend zu warnen.

Hierzu 2 Beilagen

Bergebliche Demagogie

Das Spiel mit den Erwerbslosen

Der alte Grundsatz der Herrschenden, zu teilen, um ihre Herrschaft zu stützen, ist gegen die Arbeiterbewegung seit ihren ersten Anfängen in allen möglichen Formen angewandt worden und wird auch heute noch durchzuführen versucht. Aber je mehr die Arbeiterbewegung durch ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß erstarke, je mehr sie den Solidaritätsbegriff erfährt, um so erfolgloser mühten derartige Experimente, wie die Aufzählung der Gelben und was sonst alles blieben.

Es mag dahingestellt sein, ob die Väter der Lohndruckverordnung von vornherein mit dem Gedanken liebäugelten,

die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden auszuspielen,

oder ob sie erst bei der Durchführung dieser Verordnung auf diese Idee gekommen sind. Tatsache ist jedenfalls, daß den Gewerkschaften aus ihrem selbstverständlichen Widerstand gegen die Durchführung jenes Teils der Verordnung, der die Unternehmer ermächtigt, trotz tariflicher Lohnvereinbarung bei Neueinstellungen ohne weiteres die Löhne zu kürzen, der Vorwurf gemacht wird, sie verhinderten dadurch Neueinstellungen, schädigten also die Arbeitslosen.

Diese demagogische Unterstellung, der systematische Versuch, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften auszuspielen, wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wiederholt, und zwar in dem von uns bereits in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ erwähnten Artikel, der den Lohnkürzungsteil der Verordnung zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit fallen läßt. Die „DAZ“ schreibt:

„Die schwierige Lage der sozialistischen Gewerkschaften, die im Konkurrenzkampf gegen kommunistische und nationalsozialistische Streikleitungen stehen, soll nicht verkannt werden. Noch schwieriger aber wird die Position der Arbeiter, die mit ihrem Kampf gegen die Notverordnung in offenbarem Konflikt mit den Interessen der erwerbslosen Kollegen geraten müssen. Verstärkt sich erst in den großen Massen der Eindruck, daß die freien Gewerkschaften nur noch die Vertreter einer glücklicheren Oberschicht von Arbeitnehmern sind, die sich noch im Besitz einer Arbeitsgelegenheit befinden, und wehren sich die Fälle, in denen die Hoffnungen von

Erwerbslosen auf Wiedereingliederung in den Produktionsvorgang durch Maßnahmen einzelner Belegschaften gegen die Notverordnung zerstört werden, dann wird auf die Dauer die Stellung der Verbände und die psychologische Grundlage des Tarifvertrages selbst untergraben werden.“

Die Sorge um die Lage der sozialistischen Gewerkschaften ist nicht echt und die Darstellung ist falsch. Obwohl die Gewerkschaften sich von ihren eigenen Vorschlägen zur Behebung der Wirtschaft, worunter die Forderung der Vierzigstundenwoche eine stärkere und nachhaltigere Wirkung versprechen als von der Notverordnung, so gibt es doch kaum einen einzigen Gewerkschafter, der eine vermehrte Einstellung von arbeitslosen Kollegen nicht mit Freuden begrüßt.

Bevor die Papen-Regierung existierte, haben die Gewerkschaften die Ankerbelastung der Wirtschaft, die Einreihung eines möglichst großen Teils der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß gefordert. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Betrieben haben vielfach ihre Solidarität bekundet, indem sie das Opfer einer Verdienstkürzung durch Verkürzung der Arbeitszeit freiwillig auf sich genommen haben, um wenigstens weitere Entlassungen zu verhüten.

Wenn nun die Papen-Notverordnung den Unternehmern als Anreiz zur Neueinstellung außer der 400-Mark-Kopprämie, außer den Guthaben, noch obendrein das Recht zu einseitiger Kürzung der Tariflöhne gibt, dann ist das — wie es die „DAZ“ so treffend nachgewiesen hat, durchaus verfehlt. Die verschiedenen Stadien der Lohnkürzungskampagne haben zu einem allgemeinen Lohnniveau geführt, das sich nach den amtlichen Lohnhebungen

um ein Fünftel bis zur Hälfte unter dem Vorkriegsniveau

bewegt. Wenn heute viele Arbeiterinnen und Arbeiter mit Wochenverdiensten nach Hause gehen müssen, die nach Abzug der besonderen Aufwendungen nicht ganz unter den Sägen der Arbeitslosenhilfe liegen, so liegt dies nur daran, daß auch die Arbeitslosenhilfe verschlechtert wurde.

Die deutsche Arbeiterbewegung kann einfach keinen weiteren Lohndruck mehr ertragen und ist gezwungen, sich mit allen Mitteln gegen jeden

Das Fehlurteil im Börnicke-Prozess

Eine seltsame Urteilsbegründung — Wie lange noch Sondergerichte?

Nach der Verkündung des Urteils im Börnicke-Prozess, das wir an anderer Stelle wiedergeben, führte Landgerichtsdirektor Meusel in der Urteilsbegründung folgendes aus:

Als der Lastwagen mit den Nationalsozialisten in der Nähe von Imm und Böh hielt, die mit dem Wegschleppen des Ungermannschen Motorrads beschäftigt waren, führten sich die beiden bedroht und fuhrten ab. Böh fuhr zur Staffell zurück und alarmierte sie. Das Gericht hat auf Grund der Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen und insbesondere eines vollkommen unbeteiligten Zeugen folgendes festgestellt: Der unbeteiligte Zeuge Rase hat in Uebereinstimmung mit den Aussagen der Nationalsozialisten erklärt, daß von der Motorradstaffell aus schon während des Anfahrens geschossen worden sei. Ferner ist festgestellt, daß erst nach dem Fallen der ersten Schüsse die beiden Motorräder der Eisernen Front liegen blieben und dem Angriff der Nationalsozialisten ausgeführt waren. Die Frage, von welcher Seite geschossen wurde, ist von dem nationalsozialistischen Zeugen dahin beantwortet worden, daß gegen sie in breiter Front geschossen worden sei. Durch diese Schüsse sind drei Nationalsozialisten verletzt worden.

Es fragt sich, wer geschossen hat. Die Nationalsozialisten haben beim Vorbeifahren des Wagens des Angeklagten Böh in der Hand seines Beifahrers Schmidt eine Pistole gesehen. Schmidt, der anfangs behauptet hat, er habe nichts in Händen gehabt, hat später erklärt, daß es eine Luftpumpe gewesen sei. Dieses Beweismittel ist nachträglich konstruiert worden; sechs Zeugen haben ausgesagt, daß es eine Pistole gewesen sei. Von zwei Zeugen wurde Schmidt als Schütze wiedererkannt, gegenüber deren bestimmten Befundungen erscheine Schmidts Bestreiten nicht stichhaltig.

Ferner wird der Angeklagte Leichmann vom Zeugen Hartmann als Schütze erkannt. Das Gericht hat auf Grund der Aussage dieses Zeugen, der einen durchaus glaubwürdigen Eindruck machte, die Feststellung getroffen, daß Leichmann geschossen hat. Die Möglichkeit, daß die Nationalsozialisten von ihren eigenen Kameraden angeschossen worden seien, erscheint nach der Richtung, in der die Nationalsozialisten geschossen haben, ausgeschlossen. Was die Beteiligung von Böh und Bachmann am Kaufhandel betrifft, so erscheint diese als gegeben. Es lag ein Angriff vor, in dessen Verlauf schwere Körperverletzungen verursacht worden sind; Böh und Bachmann haben sich an dem Angriff schuldhaft beteiligt. Es gab für beide Angeklagte nicht die geringste Veranlassung, bei der gespannten politischen Stimmung und der Feindschaft, die zwischen den beiden Organisationen besteht, in so unmittelbar bedrohlicher Nähe der Nazis anzuhalten. Wenn sie dem Handel aus dem Wege gegangen wären und nicht angehalten hätten, so wäre nichts passiert. Der Angeklagte Halle war freizusprechen, da der einzige Zeuge ihn nicht wiedererkennt hat.

Dem Angeklagten Becker, der einem Teilnehmer der Propagandafahrt mit dem Spaten einen Schlag versetzt hat, war zugute zu halten, daß er sich durch die Verletzungen seiner drei Kameraden in höchster Erregung befand. Das Gericht hat aus diesem Grunde gegen ihn auf die Mindeststrafe erkannt. Bei dem Angeklagten Schmidt war zu berücksichtigen, daß er noch jugendlicher ist.

Das Urteil des Sondergerichts gegen die Angeklagten der Eisernen Front ist ein Fehlurteil. Es konnte zu diesem Fehlurteil nur kommen, weil das Gericht mit den Nazizeugen durch Dick und Dünn gegangen ist, weil es alle Erfahrungen, die mit Naziausagen in den letzten Prozessen gemacht wurden, einfach in den Wind geschlagen hat. Die Fehlschlüsse des Gerichts beginnen schon bei der Schilderung der Vorfälle selbst. Das Gericht folgte der Aussage des unbeteiligten Zeugen, der eigentlich als einziger beobachtet haben wollte, wie bereits von den noch fahrenden Motorrädern geschossen worden sei. Diese Darstellung wurde nur von sehr wenigen Nationalsozialisten unterstützt. Alle anderen behaupteten, es sei erst später aus der Schützenlinie her geschossen worden. Das Gericht ignorierte dagegen vollkommen die Aussage eines anderen unbeteiligten Zeugen, der im vollen Einklang mit sämtlichen Zeugen der Eisernen Front erklärt hat, daß die Schüsse erst nach dem Angriff

auf die liegengeliebenen Motorradfahrer gefallen seien.

Das Gericht hat ferner den Angeklagten Leichmann auf Grund der Aussage eines einzigen nationalsozialistischen Zeugen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt — ein in Moabit so gut wie einzig dastehender Fall —; es hat diesen Zeugen als glaubwürdig erachtet, obgleich er den möglichst un-

stattgefunden, sondern Hartmann hatte bei der Gegenüberstellung gesagt: „Ich erkenne ihn an seinem blaffen Gesicht“. Auf Grund dieser einzigen Aussage eines so verdächtigen Zeugen wird ein Angeklagter auf zwei Jahre ins Zuchthaus gesteckt!

Weniger günstig war die Lage des Angeklagten Schmidt. Aber auch hier waren die Kronzeugen alles andere als absolut glaubwürdig. Liegt in bezug auf Leichmann ein unbedingtes Fehlurteil vor, so erscheint ein solches hinsichtlich des Schmidt durchaus nicht ausgeschlossen. Ganz unbegreiflich ist aber das Urteil gegen Böh und Bachmann. Das Gericht läßt sich hier eine unverständliche Inkonsistenz zuschulden kommen. Einerseits gibt es an, daß Böh die Staffell holte, weil er seinen Kameraden bedroht glaubte, andererseits macht es ihm zum Vorwurf, daß er an der Stelle gehalten hat, wo er diesen bedrohten Kameraden wählte. Wie sollten Böh und Bachmann am Kaufhandel teilgenommen haben, wenn sie sofort davongefahren sind!

Das Gericht hat während der viertägigen Verhandlung der Verteidigung zwar keine Beweisführung abgelehnt, es hat aber nicht vermocht, die Wahrheit zu finden und ist zu einem Fehlurteil gelangt.

Es hat sich wieder erwiesen, daß das Sondergericht als solches nicht in der Lage ist, Recht zu finden. Als hauptsächlichsten Mangel des Sondergerichts hat sich wieder das Fehlen der Voruntersuchung gezeigt. Das ist selbst vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mittelbach anerkannt worden. Das Ungeheuerlichste ist auch hier, daß es gegen dieses Fehlurteil kein Rechtsmittel gibt.

Die Nationalsozialisten werden sich in Zukunft sagen: Es genügt, daß selbst ein SA-Zeuge seinen Gegner mit Bestimmtheit belastet, um ihn ins Zuchthaus zu bringen. Es genügt, daß wir erklären, wir waren die Ueberfallenen, damit die Ermittlungen ganz einseitig gegen unsere Feinde geführt werden. Die Sondergerichte sind auch durch dieses letzte Urteil gerichtet!

Die Opfer des Fehlurteils

Genosse Leichmann, der in Wilmersdorf organisiert ist, hat nicht geglaubt, daß er verurteilt werden könnte. Er hat wiederholt ehrenwörtlich versichert, daß er keine Pistole in der Hand gehabt, daß er nicht geschossen habe. Die Teilnahme aller Genossen wendet sich wie allen Opfern des Fehlurteils ihm besonders zu. Der Kampf gegen dieses Fehlurteil muß unverzüglich aufgenommen werden. Die Sondergerichtsbarkeit, die ein Fehlurteil nach dem andern hervorbringt, muß endlich verschwinden!

Traurige Fuhre



So manches „gute Stück“ wandert heute in die Pfandkammer

Das Bild zeigt den letzten Wertgegenstand einer Familie, die einmal eine bessere Zeit gesehen hat. Man dachte mit diesem alten Klavier wer weiß wie reich zu sein und doch brachte es nur wenige Mark bei der Versteigerung.

glaubwürdigen Eindruck gemacht hat. Dieser Zeuge, der Nationalsozialist Hartmann, hatte gesagt: „Ich bin bereits bei vielen Schlägereien dabei gewesen, ich habe mir fest vorgenommen, mir stets den Haupttäter zu merken, um mir nicht mehr dumm kommen zu lassen.“

Und dieser Zeuge hatte trotz seiner festen Absicht, sich den Haupttäter zu merken, weder Leichmanns Kleidung noch seine Autobrille im Gedächtnis behalten, sondern ihn nur am „blaffen“ Gesicht wiedererkannt. Dieses Wiedererkennen hatte aber nicht etwa nach einer vorausgegangenen Beschreibung der Persönlichkeit Leichmanns

Angeklagter Richter

Wegen Untreue und Betrug

Der 57jährige frühere Landgerichtsdirektor Willibald von Weber-Parlow stand zum zweiten Male vor Gericht. Wegen Untreue. Die Anklage wurde im Laufe der Verhandlung von der Staatsanwaltschaft auf Betrug erweitert. Im Mai dieses Jahres mußte der Prozess gegen den früheren Landgerichtsdirektor vertagt werden; er sollte auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Landgerichtsdirektor von Weber-Parlow war einst auch Strafrichter in Moabit. Damals besaß er ein großes Vermögen; in der Inflation schmolz es zusammen. Es blieb ihm nur seine Villa im Grunewald. Die Zinsen und Steuern waren nicht mehr aufzubringen; der Landgerichtsdirektor fiel Wucherern in die Hände, die Schulden wuchsen ihm über den Kopf, und als er gar zum Finanzier einer Erfindung von künstlichen Därmen wurde, wuchs seine Schuld ins Ungeheure ohne einen Pfennig zu besäßen, gab er Wechsel in Höhe von 300 000 Mark, die, wie der Staatsanwalt gestern behauptete, von einem Schieberkonfession zur Bezahlung von Waren verwendet und niemals eingelöst wurden. Weber-Parlow will die Wechsel ausgegeben haben,

daß die künstlichen Därme ihn wieder zum reichen Mann machen würden. Daraus wurde nichts; sein Landgerichtsdirektorgehalt war verpfändet; er war auch nicht mehr imstande, vor lauter Geldsorgen seine Richtertätigkeit richtig auszuüben. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich und schließlich wurde aus dem Richter ein Angeklagter. Das Verfahren wegen der Wechselgeschäfte harret noch der Erledigung.

Die Verhandlung wurde vertagt.

Ein Verleumder

Angeschuldigter Beamter rehabilitiert

Im Frühjahr war aus dem Untersuchungsgefängnis der dort als Friseur beschäftigte Strafgefangene Fritz Füllert ausgebrochen, und die Gefängnisverwaltung konnte sich nicht erklären, wie Füllert aus dem Gefängnis herausgekommen war.

Da meldete sich der Kaufmann und Koch Eugen Nicolai und behauptete, daß sein Freund Fritz

ihm einen Kaffiber geschickt habe, er solle ihm Dietriche besorgen und sich zu dem Zweck an den Geschäftsführer eines Cafés wenden. Bis er in das Café kam, habe ihm der Geschäftsführer auch Dietriche übergeben, die er sich von einem Manne halte, der an einem Tisch in der Ecke saß. In diesem Manne habe er aus seinem früheren Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis unzweifelhaft den Hauptwachtmeister B. wiedererkannt. Außerdem führte Nicolai noch an, daß auch ein bekannter Strafverteidiger bei der Flucht des Füllert die Hand im Spiel gehabt habe. Diese Beschuldigung hatte für den Beamten zunächst schwere Folgen. Er wurde vom Dienst suspendiert und in Untersuchungshaft genommen. Bald aber ergab sich, daß die Beschuldigungen sowohl gegen den Beamten als auch gegen den Rechtsanwalt völlig aus der Luft gegriffen waren. Nicolai ist ein vielfach vorbestrafter Mann. Jetzt hatte er sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen wesentlich falscher Anschuldigungen zu verantworten. Er suchte seine Behauptungen einzuschränken und es so darzustellen, als ob er im guten Glauben gehandelt habe. Das wurde ihm aber nicht geglaubt, und das Gericht hielt für die ehrsüchtige Verleumdung eine exemplarische Strafe für angebracht. Nicolai wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Stadt der Hochschulen

Auch das ist Berlin

Daß Berlin Universitätsstadt ist, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt dürfte es aber sein, daß die Reichshauptstadt 13 Hochschulen besitzt, die in ihrer Gesamtheit wohl alle Zweige menschlicher Forderung umfassen und damit zu dem Ruf Berlins als internationale Bildungsstätte beitragen.

Neben der Universität, der Technischen, der Landwirtschaftlichen und der Tierärztlichen Hochschule gibt es in Berlin an weiteren akademischen Studienstätten für Geisteswissenschaften die Handelshochschule, die Verwaltungsakademie und die Deutsche Hochschule für Politik. Für die Belange der Kunst sorgen vier Institute: die Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst, die Staatliche Kunstschule sowie die Akademische Hochschule für Musik und die Akademie für Kirchen- und Schulmusik. Damit neben dem Geiste auch der Körper nicht zu kurz komme, gibt es in Berlin auch eine Deutsche Hochschule für Leibesübungen; eine zweite derartige Einrichtung, die Preussische Hochschule für Leibesübungen, ist 1931 geschlossen worden. Schließlich besitzt Berlin noch als 13. akademische Bildungsstätte eine Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Fast alle diese Hochschulen zählen zu ihren Studierenden auch Ausländer.

Neben diesen Anstalten gibt es in der Reichshauptstadt noch drei Volkshochschulen; die Volkshochschule Groß-Berlin, die Humboldt- und die Lessing-Hochschule, die in erster Linie der Fortbildung und Unterrichtung der werktätigen Bevölkerung dienen.

20 Pf. Droschkenzuschlag

Durch Polizeiverordnung vom 13. Oktober 1932, die am 15. Oktober 1932 in Kraft tritt, sind die Fahrpreise für Kraftdroschken geändert worden. Der Sonderzuschlag hat sich von 15 auf 20 Pfennig erhöht. Bis zum 1. Dezember dieses Jahres ist unter der Glascheibe des Fahrpreisanzeigers ein Metallschild mit der Aufschrift: „Für jede Fahrt 20 Pfennig Sonderzuschlag“ anzubringen.

Mutter und Kind überfahren

In der Reutköllner Straße in Rudow ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Verkehrsunfall, bei dem die dreißigjährige Frau Frieda Reumann aus der Rudower Straße und ihr 5 Jahre altes Töchterchen Ilse unter die Räder eines Lastautos gerieten. Das Kind hatte sich von der Hand der Mutter losgerissen. In diesem Augenblick kam das Lastauto heran. Bei dem Versuch, ihr Kind zurückzureißen, wurde Frau R. gleichfalls von dem Lastauto erfasst und überfahren. Mutter und Kind erlitten schwere Verletzungen und fanden im Reutköllner Krankenhaus Aufnahme.

Ein Opfer seines Gehörleidens ist gestern nachmittag der 58jährige Rentner Albert Schönebeck aus der Lange Straße 68 geworden. Er überhörte in der Andreas-Edel-Paul-Singer-Straße die Signale eines Privatautos und wurde überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde Sch. ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

DIE NEUEN
HEINRICH
JACOBI
ZIGARREN



DREIGROSCHEN-
WUNDER
HOCHWERTIGE
QUALITÄT UND
DOCH NUR **15 M** und **20 M**

In wenig Worten

In Berlin-Halensee hoben Beamte des Spielerbezirks der Berliner Kriminalpolizei einen in einer Privatwohnung untergebrachten Spielklub aus, in dem u. a. gewerbsmäßig das verbotene „Meine Tante, deine Tante“ gespielt wurde. 17 Personen wurden zwangsgestellt; ein Koffer mit Karten verfiel der Beschlagnahme.

Verbrecher verübten am Freitagmorgen einen Kasseneinbruch im Postamt Berlin-Buchholz. Als die Täter sich entsetzt haben, stürzten sie durch einen Fenstersturz; ihre Beute konnte ihnen abgejagt werden.

In Düsseldorf wurde in der Spichernstraße der Kaffierer eines Viehgroßhändlers überfallen und beraubt. Die Räuber fuhren in einem in Duisburg gestohlenen Auto an. Während einer der Räuber am Steuer blieb, sprang der andere aus dem Wagen und gab auf den Kaffierer einen Schuß ab, der aber fehlging. Darauf schlug er ihn mit einem harten Gegenstand auf den Kopf und verletzte ihn schwer. Der Räuber entriß dem Ueberfallenen eine Kettenschlüssel mit 1150 Mark Bargeld und bestieg wieder den Wagen, der elligst davonfuhr.

Eine Feuersbrunst ludte die mecklenburgische Ortschaft Bicher heim. Das Feuer, das seinen Ausgang von der Scheune nahm, dehnte sich auf insgesamt acht Gebäude aus. Fünf Wohnhäuser und drei Wirtschaftsgebäude wurden vollständig eingeebnet. Das Vieh konnte größtenteils gerettet werden, während die ganze Ernte mit verbrannte. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unbekannt.

Ein Verkehrsflugzeug der Verkehrsfliegerhochschule stürzte unmittelbar nach dem Start aus 100 Meter Höhe ab. Offenbar war der Flieger in eine See geraten, die ihm die Herrschaft über den Apparat entriß. Der Pilot wurde schwer verletzt unter der stark beschädigten Maschine hervorgezogen.

Auf einem Waldweg zwischen Döllnig und Burgliebenau in der Elsteraue wurde der 25 Jahre alte erwerbslose Maurer Wege aus Döllnig mit einem Schuß in den Hinterkopf tot aufgefunden. In seiner Nähe fand man drei Patronenhülsen. 300 Meter entfernt lag sein Fahrrad. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Raubmord.

Fünf Arbeiter vergiftet

Magdeburg, 14. Oktober.

Bei der Armaturenfabrik Volte ereignete sich gestern Abend ein schwerer Betriebsunfall. In einem über dem Ofenloft gelegenen Baderaum hatten sich Kohlenoxydgase entwickelt, durch die fünf Arbeiter Vergiftungen erlitten. Die Verunglückten wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Schulmuseum neu eröffnet

Das Berliner Städtische Schulmuseum (Rektor-Roh-Stiftung), das während der Sommermonate geschlossen war, wird am Sonntag, dem 16. d. M., wieder eröffnet. Das Museum ist wiederum durch eine Reihe wertvoller Gegenstände aus fast allen Gebieten des Wissens bereichert worden und bietet eine Fülle des Schönen nicht nur für die Jugend, sondern für jeden bildungsbegeisterten Erwachsenen. Besuchszeit während der Wintermonate: an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat — mit Ausnahme der Ferienzeit — von 10 bis 13 Uhr. Das Museum befindet sich in der 309. Volksschule, Dunderstr. 64, und ist zu erreichen mit der Ringbahn, Bahnhof Prenzlauer Allee; Straßenbahn: Linien 71, 72, 73, 76; Autobus: Linie 30 (Haltestelle Bahnhof Prenzlauer Allee); Hoch- und Untergrundbahn: Station Nordring (Wahlerstraße in Richtung Prenzlauer Allee bis Dunderstraße). Der Eintritt ist unentgeltlich.

Politisches Marionettentheater. Die Jugendliga für Menschenrechte veranstaltet am Sonntag, dem 23. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der „Kamera“, Unter den Linden 14, eine interessante Rätselfest. Zum erstenmal wird in Berlin ein politisches Marionettentheater aufgeführt werden, das zeitgeschichtliches auf die Bühne bringt. Im Anschluß daran läuft der Film der Nero A. G. „Kameradschaft“.

Wetter für Berlin. Kälter, wechselnd bewölkt, Regenschauer, frische nach Nordwest drehende Winde. — Für Deutschland. In Süd- und Ostdeutschland Regenschauer, bewölkt. Im übrigen Deutschland unbeständiges Wetter mit einzelnen Regenschauern, überall kühl, an der Küste stürmisch.

Große und kleine Haushaltspläne

Probleme, die heute jeden interessieren sollten

Einnahmen und Ausgaben — das sind die Grenzpunkte jeder Haushaltsführung, mag es sich um die Groschenrechnung eines Arbeiters oder Arbeitslosen oder um die Millionenbeträge eines Reiches handeln. Allerdings besteht zwischen Privathaushalt und Reichshaushalt eine grundlegende Verschiedenheit: der Privathaushalt baut sich immer auf den Einnahmen, der Staatshaushalt immer auf den Ausgaben auf. Im Privathaushalt kann nur das gekauft werden, wozu das Einkommen reicht; im Staatshaushalt gilt es, für die in den Grundzügen feststehenden Reichsausgaben die Einnahmen zu beschaffen. Von diesen Reichsausgaben fällt ein wesentlicher Teil den Ländern zu. Nach dem Befehl über den „Finanzausgleich“ muß das Reich dafür sorgen, daß den Ländern die Mittel zur Bestreitung ihrer wesentlichsten Ausgaben zur Verfügung stehen.

Die Einnahmen des Reiches setzen sich zusammen in der Hauptfache aus Steuern, Zöllen, Verbrauchsabgaben und aus den Ueberschüssen der Reichsbetriebe, wie Post, Eisenbahn, Reichsdruckerei. Die notwendigen Ausgaben in dem Haushaltsplan für 1931 waren auf etwa 10½ Milliarden Mark veranschlagt. Entsprechend waren die Einnahmen (Steuern, Verbrauchsabgaben ufm.) im Haushaltsplan reguliert worden. Aber die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit stieg. Es mußten im Laufe des Etatsjahres neue

Einnahmequellen dem Reiche erschlossen werden; Steuern, Abgaben stiegen, Löhne und Gehälter bei Beamten und Reichsarbeitern sanken. Die Arbeitslosen haben diese Sparmaßnahmen auch unmittelbar am eigenen Leibe erlebt — die Reichszuschüsse zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung wurden gekürzt, also auch die Leistungen an die Unterstüßungsbedürftigen.

Die Haushaltspläne des Reiches werden nach Aufstellung und Genehmigung durch die Regierung dem Reichsrat, in dem die einzelnen Länder ihre Vertreter haben, vorgelegt. Dann wird er dem Reichstag unterbreitet und hier vom Haushaltsausschuß, entsprechend den darin vertretenen politischen Kräften, gründlich durchgearbeitet, ehe seine Annahme stattfindet.

Die Verbindung zwischen Staatshaushalt und Privathaushalt ist weit enger, als es auf Grund der riesigen Zahlenverschiedenheiten und der entscheidend anderen Kräftepannungen manchem erscheinen mag.

Die Art, wie das Reich seinen Haushalt ausbalanciert und wie es ihn im Laufe des Rechnungsjahres stabil erhält, ist von unmittelbarer Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben, auf die Lebensführung jedes einzelnen Staatsbürgers. Im Gegenteil: je kleiner, je arbeitsloser der Privathaushalt ist, desto empfindlicher wird er von den

Sorgen und den Gleichgewichtsübungen des Regierungshaushalts betroffen.

Sobald aber die Einnahmen des einzelnen zurückgehen, macht sich dieser Schrumpfungsprozeß wieder folgerichtig am Reichshaushalt bemerkbar. Das Steueraufkommen sinkt; es wird weniger konsumiert, die Verbrauchs- und Umsatzsteuern gehen zurück, ebenso die Einnahmen von Post und Reichsbahn. In dem Etatsjahr 1931 betrug der Ausfall an Lohn- und Gehaltssteuern allein 23 Proz. gegenüber 1930. Nach dem Gutachten der Internationalen Basler Finanzkommission dürfte der Steuerausfall in Deutschland für 1931 insgesamt rund 2 Milliarden Mark betragen. Dabei steigen die Unterstüßungssummen ebenso fortlaufend, wie die Einnahmen sinken.

Für die einzelne Familie bedeutet dieser Zustand immer weitere Einschränkungen am lebensnotwendigsten Bedarf. Nur durch Arbeitsbeschaffung, die steigende Verbrauchsmöglichkeit mit sich bringt, können Familienhaushalt und Reichshaushalt wieder auf eine gesunde Basis gebracht werden. Mit dieser Mahnung schloß Clara Bohm-Schuch ihren Vortrag über „Familienhaushalt und Reichshaushalt“, in dem sie im Programm der Berliner Funkstunde einen klaren, leichtverständlichen Ueberblick gegeben hatte über Probleme, die heute für jeden einzelnen im deutschen Volk von brennendem Interesse sind.

Arme Lehrlinge in Berlin

Nach der Lehre geht es in die Stempelfabrik

Für Hunderte von jungen Menschen werden die jetzigen ersten Oktobertage zu den traurigsten ihres Lebens gehören: eben kamen sie von der Gesellenprüfung, da konnten sie gleich weitergehen zum Arbeitsamt und sich eine Stempelfabrik holen. Ja, uns ist sogar ein Fall bekannt geworden, wo ein junger Automobilkünstler jetzt ausgelehrt hatte, aber sein arbeitsloser Vater, der für die Familie nur noch 10 M. Unterstützung in der Woche erhält, war nicht in der Lage, dem Jungen die 10 M. Gebühren für die Gesellenprüfung zu geben. Oder die ganze Familie hätte eine Woche lang hungern müssen. Im die armen Lehrlinge in Berlin sieht es einfach katastrophal aus.

So sind bei der Berliner Schneidereiinnung vor 14 Tagen 130 Lehrlinge freigesprochen worden — wieviel noch von den Vorortsinnungen dazu kamen, ist nicht bekannt — aber kaum ein Meister dürfte seinen Lehrling behalten haben. Dabei liegen nun schon 6000 Maßschneider einschließlich Kleinmeister, die ebenfalls stempeln gehen, auf dem Arbeitsnachweis in Berlin; nur 3000 Maßschneider stehen noch in Arbeit. Zudem ist es heute so, daß selbst die Zwischenmeister aus der Heimarbeit heute Maßschneiderlehrlinge ausbilden, obwohl die Zwischenmeister doch vorwiegend Konfektion liefern. Am schlimmsten aber sieht es innerhalb des Bekleidungsgebietes bei den Kürschnern aus, überall gibt es neuerdings Kürschnerreparaturwerkstätten, in Wirklichkeit sind es Arbeitslose, die sich „selbständig“ gemacht haben.

Auch die Lehrlinge der Bäcker und Fleischer sind wieder fleißig aufs Arbeitsamt gewandert. Die Lehrjahre hindurch hatten die Meister eine billige Arbeitskraft, was aber später aus den jungen Leuten wird, das kümmert niemand. Bei solchen Zuständen muten die Verhältnisse im Brauereigewerbe geradezu paradiesisch an: hier befinden sich schon seit langem feste Abmachungen zwischen den Brauereibesitzern und dem Brauergewerkschafts- und Getränkearbeiterverband, die eine Lehrlingszuchterei verhindern sollen. So kam man zum Beispiel vor einigen Jahren, als die Brauereigewerkschaft so knapp waren, daß Müller-gefelln als Brauer vermittelt wurden, überein, in Berlin wieder einmal 150 Lehrlinge auszubilden. Dann stoppte man wieder ab, und im vorigen Jahr soll es noch 13 Brauerlehrlinge gegeben haben. Man sagt sich eben, es gibt genug Arbeitslose. Uebrigens war es auch mit den Brauerlehrlingen schon so schlimm, daß 50 Proz. das Einjährige oder gar das Abitur hatten. Aber etwa 75 Proz. dieser Schüler sind inzwischen wieder abgedant; dagegen blieben die Volksschüler bei der Stange. Bei den Müllerlehrlingen ist es so, daß heute kein Mensch mehr etwas dabei findet, wenn der junge Mann nach der Lehre auf die Wandstraße geworfen wird.

Nach besser geht es den Keilern und Köchen. Wenn bei den Keilern Gesellenprüfung ist, dann wird dort regelmäßig eine Rede an die jungen Leute gehalten, daß sie nun einer traurigen Zukunft entgegen gehen, aber jeder Appell an die Unternehmer, doch die jungen

Leute noch einige Zeit zu behalten, ist zwecklos. Dabei waren im Keilnerberuf früher junge Leute gesucht, heute dagegen gibt es Ausgelernte, die drei Jahre lang nach der Lehre noch nicht einen einzigen Tag gearbeitet haben! Nach trauriger liegen die Dinge bei den Köchen. Man sagt an und für sich schon: ein Koch lernt nie aus. Aber nun werden die jungen Menschen sofort nach der Lehre arbeitslos, und sitzen sie erst ein, zwei Jahre auf dem Rammeis, dann haben sie bald alles verlernt. Denn ein Koch muß ja schließlich etwas mehr können als Kohlrüben kochen oder ein Kotelett braten. Zudem kommt im Gastwirts-gewerbe noch eine andere üble Gewohnheit hinzu, die eine Folge der Krise ist. Die Eltern drängen zum Beispiel den großen Hotels buchstäblich ihre ausgelehnten Söhne auf, sie glauben, daß der Junge mit dem Zeugnis eines ersten Hotels schon seinen Weg machen wird. Es hat darüber schon die größten arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zwischen der Gewerkschaft und den Hoteliers gegeben, weil doch diese Ausgelernten als sogenannte Volontäre eingestellt werden, entweder gänzlich ohne Lohn oder nur mit Taschengeld. Die Lehrlingsfrage ist tatsächlich eins der trübsten Kapitel unserer Zeit.

Süße Messe im Zoo. Die Konditoren und Bäcker Berlins veranstalten vom 18. bis 20. Oktober im Berliner Zoo (Budapester Str. 9), Eingang Adlerportal) die Fachmesse der Konditoren und Bäckermeister Groß-Berlin. In diesem Jahre ist der Messe eine Sonderausstellung unter der Devise „Jeder kann werden“ angeschlossen. Die Ausstellung ist täglich von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet und allgemein zugänglich.

Führung durch den Straßenbahnhof Müllerstraße und Besichtigung der Fahrtschule. Das Bezirksamt Schöneberg veranstaltet am Montag, dem 17. Oktober 1932, eine Führung durch den Straßenbahnhof Müllerstraße und eine Besichtigung der dort untergebrachten Fahrtschule. Treffen um 14 Uhr am Haupteingang Müllerstraße 78/82. — Teilnahme 0,25 M. Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist, ist es ratsam, die Karten im Vorverkauf zu entnehmen. Vorverkauf: Döbertin,

Hauptstr. 140; Buchhandlung am Bayerischen Platz 13; Witting, Martin-Luther-Str. 9a; Nicolaische Buchhandlung, Rheinstr. 65; Buchhandlung der Gohnerischen Mission, Handjerystr. 19/20.

Verlängerung der Straßenbahnlinie 35. Am 17. Oktober d. J. wird die Straßenbahnlinie 35 in Tempelhof über Friedrich-Karl-Straße bis Alttilpplatz verlängert.

Bund Berlin für Einheitskurzschritt. Übung in allen Geschwindigkeiten jeden Dienstag und Freitag von 19 bis 22 Uhr im Staatlichen Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6, am Reichstagsgebäude. Anfängerkurse sowie Aufnahme neuer Mitglieder zu jeder Zeit. Auskunft erteilt Fritz Blauschinn, Berlin-Zehlendorf, Scharfstraße 18 I.

Wiener Abend in Berlin. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet gemeinsam mit der Deutschösterreichischen Liedertafel Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, einen großen Volksliederabend im Berliner Konzerthaus „Clou“. Eine Reihe hervorragender Künstler sind für diesen Abend gewonnen worden, dessen Reinertrag bedürftigen Landsleuten zugedacht ist. Alpenländische Volkslieder, Tänze, Choroorträge und schließlich Tanz stehen auf dem Programm dieses Abends der Oesterreicher in Berlin.

SPORT

Trabrennen zu Mariendorf.

Kolonien-Preis: 1. Werburg (Ch. Mills); 2. Wallenstein; 3. Patrier; 4. Jearus. Toto: 21:10. Platz: 12, 12, 14, 44:10. Ferner liefen: Zieretrice, Erub, Mustapha, Telegation, Jabala, Landstreicher, Derbert R., Herrmann Wimers, Darbel, Frisco (o. B.).

Müller-Preis: 1. Kamm (Ch. Mills); 2. Mirabelle; 3. Janel. Toto: 16:10. Platz: 11, 14, 12:10. Ferner liefen: Kaurari (B. disq., 80 Proz. W. par.), L. S., Florica, Palette.

Wagen-Preis: 1. Silba (C. Wittkamp); 2. Obenber; 3. Grasshopper; 4. Redgardehular. Toto: 14:10. Platz: 17, 22, 20, 22:10. Ferner liefen: Rosa Bell, Cindila, Laetitia, Panagraf, Felia, Urania Bergamas, Jeanne d'Arc, Königshorn, Rafan, Victoria, Kottelchen.

Eichen-Preis: 1. Don José (Eberl); 2. Santo Daffo; 3. Ora Verbura. Toto: 20:10. Platz: 15, 16, 17:10. Ferner liefen: Brachmabels Tochter, Kasmidi, Cuedel, Kurfürst, Jenny Lind.

Uhren-Preis: 1. Sember fidelis (R. Mills); 2. Maland; 3. Favor. Ferner liefen: Adlograph, Jettchen, Elms, Wolfstreu, Zittergold, Gratulant, Geriolan, Guy Driften.

Weibliche Angestellte

die den „Vorwärts“ noch nicht abonniert und den jetzt erscheinenden Roman „Gilgi, eine von uns“ noch nicht gelesen haben, sollten schleunigst das Versäumte nachholen und an dem

Preiswettbewerb des „Vorwärts“

teilnehmen. RM 400.— Bargeld und wertvolle Preise sind ausgesetzt Die Bedingungen des Preiswettbewerbs sind in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Die Zahnpaste von
höchster Qualität
Sparsam im Verbrauch.

Italien — eine Kriseninsel?

Knickerbockers Utopien

Ein ausgezeichnete Kenner Italiens schreibt uns:

Der amerikanische Journalist Knickerbocker, bekannt durch seine wirtschaftlichen Studien über Sowjetrußland und Deutschland, hat kürzlich in der „Boschischen Zeitung“ eine Artikelserie über Italien veröffentlicht, die das genannte Blatt mit dem Kommentar einleitete, daß Knickerbocker auf seiner Reise durch Europa Italien als Kriseninsel entdeckt habe.

Knickerbocker beginnt seinen Bericht: „Nur jeder 46. Italiener ist arbeitslos. Der Durchschnittsitaliener ist heute besser und mehr als je zuvor im Verlauf der Geschichte. Die Bettler sind verschwunden...“ Der Verfasser erwähnt, daß es in Italien 900 000 Arbeitslose gibt. Woher hat er diese Zahl? Gibt doch das amtliche Italien selbst 1,2 Millionen Arbeitslose zu. Weist im übrigen Knickerbocker nicht, daß in Italien nur die arbeitslosen Industriearbeiter, deren Gesamtzahl knapp 3 1/2 Millionen Menschen umfaßt, gezählt werden?

Dem amerikanischen Korrespondenten ist auch der Bericht des New-Yorker Carnegie-Instituts unbekannt, aus dem eindeutig hervorgeht, daß

der elende Ernährungsstandard des italienischen Volkes eine der Begleiterscheinungen des Faschismus ist.

Der Bericht des amerikanischen Instituts schließt: „Der Ernährungsindex beweist, daß das italienische Volk, das schon vor dem Kriege vom physiologischen Standpunkt gesehen nicht gerade reichlich ernährt wurde, gezwungen worden ist, seinen Nahrungsmittelverbrauch noch weiter einzuschränken.“

Mit seiner Lobeshymne zeigt sich Knickerbocker päpstlicher als der Papst. Selbst Mussolini gestand in seiner Senatsrede vom 22. Juni 1929: „Es gibt in Sardinien und in Südtalien Gemeinden, in denen sich

das Volk monatelang nur mit Kräutern ernährt“

und der faschistische Abgeordnete Zingarelli mußte in einer Parlamentsrede zugeben: „... daß die durchschnittliche Ernährungsenergie der Italiener unter jener Grenze liegt, die die Physiologen als Ernährungsminimum für einen Menschen errechnen haben... die italienische Nahrungsration die niedrigste von allen Völkern ist.“

Bisweilen scheinen dem amerikanischen Journalisten die Ziffern selbst zu rätzig vorzukommen. Darum fragt er: Stimmen diese Zahlen? Er beantwortet diese Gewissensfrage mit der klassischen Antwort: „Befragung nicht nur der offiziellen Quellen, sondern auch einer Reihe neutraler Beobachter (wahrscheinlich amerikanische Millionäre. D. B.) brachte nichts zutage, was darauf hinweisen könnte, daß die Zahlen nicht authentisch seien... Das Statistische Büro der Arbeitsoberprüfung räumt ein, daß es lediglich der Anzahl der durch die Arbeitslosenversicherung unterstützten Beschäftigungslosen sicher sein könnte...“ Von 1920 bis 1930 wurden insgesamt 1 Milliarde 50 Millionen Mark an Unterstützungen ausgezahlt“, berichtet Knickerbocker stolz.

Es scheint, daß der Amerikaner verfallen hat, umzurechnen, was bei dieser auf zehn Jahre verteilten Summe

auf den einzelnen Erwerbslosen im Monat

kommt. Aber Knickerbocker, der an einer anderen Stelle selbst zugeben muß, daß etwa 700 000 Erwerbslose in Italien ohne öffentliche Unterstützung sind, schreibt über die „allgemeine Arbeitslosenhilfe“ begeistert:

„Hier in Mailand kamen wir am Kriegsende vorüber. Auf der anderen Straßenseite lag die Kantine einer Kaserne. In einem Park in der Nähe saßen einige Duzend zerkloppter Männer, die alle vergnügt aus Zinngefäßen aßen. Aus der Kantine kam der Duft von Spaghetti auf Bologneser Art. Die Armee hatte das Ihre für einige von den 700 000 getan. Das Heer wird jedoch in der Liste der Wohlfahrtsunternehmen nicht einmal erwähnt. An erster Stelle kommt die faschistische Partei. Sie gibt Brotkarten, Fleischkarten und Kleidungsstücke aus. Die Syndikate, die Gewerkschaften, kommen an nächster Stelle mit ihrer Hilfe für ihre Mitglieder. Die Kirche hilft ihrer Herde. Die Magistrate helfen.“

Zum größten Teil aber helfen sich die Arbeitslosen ohne Unterstützung selbst. (??)“

Nichts als Betteljuppen bietet der italienische Faschismus seinen Erwerbslosen. Und mehr als merkwürdig muß es berühren, daß dann ein als demokratisch geltendes Berliner Blatt in Balkenchrift die Schlagzeile bringt: „Sie essen besser!“ Selbst die offiziellen Ziffern des italienischen Statistischen Zentralamtes reden da eine andere Sprache. Der Index für die Lebenshaltungskosten wird von diesem Amt folgendermaßen angegeben:

Erstes Halbjahr 1914: 100; in der vorfaschistischen Zeit (1922) 414,3; im Jahre 1931: 388,8. Die Senkung der Lebenshaltungskosten betrug also in der Zeit von 1922 bis 1931 nur 6 Proz., während — was sogar Knickerbocker in seiner Artikelserie den Faschistenführer Roffoni beifügt — die Löhne der Arbeiter seit 1922 um etwa 30 Proz. „im Durchschnitt“ herabgesetzt wurden.

Knickerbocker besucht Heimarbeiterinnen, fragt

nach ihrem Verdienst und bekommt die Antwort: „Im Durchschnitt wohl 40 Lire im Tag.“ 40 Lire = 8 M. und 40 Pf.! Knickerbocker hat richtig verstanden, denn er wiederholt in seinem Artikel: „Acht Mark vierzig für eine Näherin.“ Diese eine Zahl charakterisiert Knickerbockers Bericht besser als alles andere. Wo und in welcher Zeit gab es ein Land, in dem

Heimarbeiterinnen 8 Mark vierzig täglich verdienen

konnten? Wäre Knickerbocker ein gewissenhafter Journalist und wäre er nicht auf potentiellen Wegen gewandelt, er hätte sich die italienischen Arbeitskontrakte vorlegen lassen und daraus ersehen, daß man in Italien den Frauen einen Stundenlohn von 8 bis 14 und den Männern 12 bis 52 Pfennig gibt. Als Höchstlöhne gelten für Spezialarbeiter 80 Pfennig

Was sich Knickerbocker unter Faschismus vorstellt, beleuchten seine Sätze: „An der Spitze der Arbeiterchaft steht in Italien Edmondo Roffoni... Vor 18 Jahren war er syndikalistischer Journalist und radikaler Gewerkschaftsorganisator in Amerika. Jetzt ist er der anerkannte Führer und Champion der italienischen Arbeiterklasse...“

Roffoni, der Liebling der Arbeiterchaft, der am meisten dazu beigetragen hatte, die faschistische Partei arbeiterbewußt (!) zu machen.

Roffoni war der Erfinder des Korporativstaates — eines Systems — in welchem die Arbeit das Kapital beherrschen wird.“ So schreibt nur einer, der weder Italien noch den Faschismus kennt!

Wie Knickerbocker berichtet, antwortete Roffoni auf die Frage: „Was ist mit Streiks? Sie haben in Italien seit 1924 keinen Streik gehabt“ mit: „Sie (die Arbeiterchaft; d. B.) hat die Freiheit,

zu kämpfen.“ Ob sich Knickerbocker auf diese Antwort hin eine der neun Strastrielen, die Zuchthäuser und sonstigen Orte, wo die Arbeiter um ihre Freiheit kämpfen angehen hat? Er schreibt jedenfalls darüber nichts! Roffoni erwähnte auch Knickerbocker gegenüber, daß es im Jahre 1927 (also vor der Weltwirtschaftskrise) 18 633 und in jedem Jahre darauf durchschnittlich 3000 Arbeitskonflikte gegeben habe, daß aber

diese „Konflikte“ durch Kompromiß zugunsten der Arbeiter

entschieden wurden“. Die Logik der Faschisten und deren Freunde ist nicht zu übertreffen. Roffoni und die Faschisten geben zu, daß den Arbeitern 30 Prozent ihrer Löhne abgebaut wurden und daß „die Preise nicht genug heruntergegangen sind“. Im selben Atemzuge und auf derselben Zeitungspalte sprechen sie von Arbeiterfliegen!

Es ließe sich noch eine Fülle von Einzelheiten erwähnen, deren Darstellung durch Knickerbocker den wahren Verhältnissen im faschistischen Italien ins Gesicht schlägt. Bei dem ungeheuerlichen Spiegeldienst und

der strengen Ueberwachung des gesamten Nachrichtenwesens

liegt es auf der Hand, daß sachkundige Berichte aus Italien zu zählen sind. Daher ist das Ausland allgemein über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Italiens überhaupt nicht oder nur sehr unzureichend informiert. Um so bedauerlicher ist es, daß ein Journalist, der wie Knickerbocker einen Namen zu verlieren hat, Berichte über das unbekannte Italien in der Auslandspresse veröffentlicht, die in keiner Weise den Tatsachen standhalten.

Der abgewürgte Welthandel

Der Umsatz nur noch ein Bruchteil von 1929

Im ersten Quartal dieses Jahres ist ein neuer tiefer Einbruch in die Umsätze des Welthandels erfolgt. Gegenüber dem letzten Vierteljahr 1931 waren die wertmäßigen Umsätze um 21 Proz. zusammengeschrumpft. Zum Teil hing das mit der Saison und auch noch mit leichten Preisrückgängen zusammen, aber unter Ausschaltung dieser Einflüsse war ein effektiver Rückgang des gesamten Umsatzes des Welthandels um reichlich 10 Proz. festzustellen.

Nach diesem starken Einbruch in den ersten Monaten des laufenden Jahres war die Abnahme im zweiten Quartal verhältnismäßig gering. Der Umsatzwert des Außenhandels von 48 Ländern, die etwa sieben Achtel des gesamten Welthandels bestreiten, hat sich zwar noch um 6 Proz. verringert, doch beruht diese Senkung hauptsächlich auf dem weiteren Rückgang der Preise und auf saisonmäßigen Einflüssen, während das tatsächliche Welthandelsvolumen kaum mehr gesunken ist.

Diese Stockung in der Abwärtsbewegung darf allerdings

als Zeichen für eine Konjunkturbelebung nicht überschätzt

werden, da der Welthandel einen Konjunkturrückgang erst verhältnismäßig spät wiederzu-

spiegeln pflegt. Die Schrumpfung des Welthandels ist von Januar bis Juni 1932 im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1931 mit 34 Proz. noch erheblich größer als zwischen der gleichen Zeit 1930 und 1931, wo der Rückgang nur 28 Proz. betrug.

In welchem katastrophalen Umfang der Welthandel durch die Wirtschaftskrise, die Zollmaßnahmen und die Kontingentspolitik sämtlicher Länder der Erde abgedrosselt worden ist, beweist die Tatsache, daß

die Umsätze des Welthandels im ersten Halbjahr 1932 auf 51,2 gegen 126,3 Milliarden Mark in der gleichen Zeit des letzten Konjunkturjahres 1929 gesunken

sind. Damit ist der Welthandel auf zwei Fünftel des Standes von 1929 gesunken und liegt um etwa ein Drittel unter dem Halbjahresdurchschnitt von 1913.

In diesem Jahre sind die europäischen Länder an den Verlusten des Welthandels stärker als früher beteiligt. Der Anteil Europas am Welthandel, der sich von 1926 bis 1931 von 50,2 auf 58,5 Proz. erhöht hatte, hat damit erstmals wieder abgenommen. Dieser Rückschlag ist vor allem durch die außerordentliche Drosselung des innereuropäischen Handelsverkehrs entstanden.

Junkers braucht Geld

Neue staatliche Subventionen?

Der anhaltische Landtag verhandelte dieser Tage einen Antrag der Junkers-Werte auf Uebernahme einer neuen Staatsbürgerschaft. Das Ministerium besitz vom Landtag die Ermächtigung zur Uebernahme einer größeren Bürgerschaft über die Flugzeugwerke von Junkers, die aber bisher noch nicht gegeben zu werden brachte.

Zur Durchführung des Vergleichsverfahrens ist die Aufnahme neuer Kredite im Umfang von etwa 200 000 M. notwendig. Verhandlungen mit den Banken, die bereits im vergangenen Sommer einen Kredit zur Durchführung des Vergleichsverfahrens gaben, sind im Gange. An den Staat Anhalt hat Professor Junkers den Antrag gestellt, daß der Staat für die gesamten Kredite, die zur Durchführung des Vergleichs bereits gegeben sind bzw. noch beansprucht werden, also für etwa 400 000 M. Bürgschaft leiste.

Eisenerzeugung gestiegen

Im Monat September hat sich bei der Kohleisenerzeugung eine leichte Belebung durchgesetzt. Die Leistung der Hochöfen stieg im September auf 272 893 gegen 268 388 Tonnen im

angeschlossenen Verbraucher gute Butter in ausreichenden Mengen erhalten, so blieb der GCB, nachdem der Bedarf im Inland nicht allein gedeckt werden konnte, nichts anderes übrig, als Auslandsbutter einzuführen. Der Anteil der GCB an der gesamten Buttereinfuhr belief sich im Jahre 1930 auf 7,9 Proz., im Jahre 1931 nur noch auf 6,3 Proz. Der weit größere Teil der Einfuhr entfällt also auf den privaten Großhandel. An dieser mangelnden „vaterländischen“ Befinnung, wie es immer schon in der Hege gegen die Konsumvereine heißt, nimmt der deutsche Landwirt und der kaufmännische Mittelstand bei dem Handel keinen Anstoß.

Die Einfuhr von Auslandsbutter ist im letzten Jahr erheblich zurückgegangen. Von dem Umsatz der GCB an Butter entfielen auf deutsche Butter im Jahre 1930 rund 13,9 Proz., im Jahre 1931 38,7 Proz., und in der ersten Hälfte des Jahres 1932 hat der Inlandsbezug fast 50 Proz. des gesamten Buttereinkaufs der GCB getragen. Beweisen diese Zahlen nicht, daß sich die GCB, wirklich um den Weg deutscher Erzeugnisse bemüht? Der direkte Einkauf bei Landwirten und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die GCB, und die einzelnen Konsumgenossenschaften wird alljährlich auf rund 150 Millionen Reichsmark geschätzt. Trotzdem stehen viele Landwirte und ihre Genossenschaften der Konsumgenossenschaftsbewegung noch fremd gegenüber.

Diese Einstellung bringt für beide Teile, am allerwenigsten aber für die Landwirtschaft Nutzen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Verbrauchergenossenschaften könnte die Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Gütererzeugung zum Wohle der deutschen Wirtschaft beträchtlich steigern. Voraussetzung aber hierfür ist, daß die Landwirtschaft sich mehr als bisher mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der werttätigen Massen vertraut macht.

Benzinskandal ohne Ende

Kartellwucher soll mit Steuersenkung belohnt werden

Mit diesen skandalösen Verhältnissen der deutschen Treibstoffwirtschaft beschäftigt sich jetzt in einem sehr scharfen Artikel die „Frankfurter Zeitung“. Gegenüber der von uns erhobenen Forderung eines sofortigen Eingreifens der staatlichen Kartellaufsicht meint die „Frankfurter Zeitung“, daß man sich in diesem Fall an die „falsche Adresse“ wenden, weil nämlich das neue Treibstoffkartell auf den Wunsch und unter dem Druck der Regierung zustande gekommen ist. „Der Zweck dieses Einschlages der staatlichen Nachmittels war es, im Interesse der inländischen Treibstoffproduktion auf dem Benzinumarkt durch Kartellierung eine Preiserhöhung herbeizuführen.“

Damit also die IG und der deutsche Ruhrbergbau, die bereits 75 Millionen jährliche Steuersubventionen erhalten, noch weiterhin Sondergeschenke erhalten, fördert die Regierung das Zustandekommen eines Kartells sowie die Vornahme enormer Preiserhöhungen. Es muß als ein einzigartiger Skandal bezeichnet werden, daß zugunsten zweier schon reichlich bedachter Gruppen mit staatlicher Beihilfe eine die ganze Kraftverkehrswirtschaft lähmende Uebersteuerung herbeigeführt wird.

Unter diesen Umständen sollten die mit der Kartellaufsicht heute noch in der Viktoriastraße beschäftigten Herren ihre Tätigkeit der Einfachheit halber gleich in die betreffenden Syndikatsbüros verlegen.

Die jetzt beabsichtigte Senkung der Kraftfahrzeugsteuer stellt ein neues Manöver der inländischen Treibstoffproduzenten dar, die sich dabei ihre Zollsубventionen voll erhalten wollen und die, wie die „Frankfurter Zeitung“ mit Recht betont, „für ihre Zwecke die Konsumenten und die Kraftfahrzeugindustrie einspannen“. Es wäre schon eine rechtlose moralische Bankrotterklärung, wenn die Regierung neben der Duldung der Preiswillkür noch obendrein auf Kosten der Steuerzahler Staatsentnahmen verschleudern würde. Das Wichtigste bleibt unferes Erachtens die Rückgängigmachung der letzten Preiserhöhung. Ein Senkung der Kraftfahrzeugsteuer kann aber nur in Frage kommen, wenn zugleich die enormen Steuergeschenke an die IG und den Ruhrbergbau aufgehoben und damit der finanzielle Ausfall für Reich und Länder gedeckt werden.

Der Stromverbrauch

Da in Deutschland vier Fünftel der gesamten Elektrizitätserzeugung von der Industrie verbraucht werden, ist die Entwicklung der Stromerzeugung ein guter Konjunkturbarometer geworden.

Die Monatsangaben des Statistischen Reichsamts, die 122 große öffentliche Elektrizitätswerke umfassen, berichten für den August 1932 erstmalig über eine wachsende Stromerzeugung. Insgesamt belief sich die Produktion dieser Werke auf 1057 Millionen Kilowattstunden gegenüber 963 Millionen im Juli. Die arbeitsmäßige Stromerzeugung hob sich von 37,0 auf 39,2 Millionen Kilowattstunden. Vergleicht man diese Zahlen mit denen des Vorjahres, so ergibt sich allerdings für den August immer noch eine Verringerung um 8,75 Prozent.

August. Bei 30 Arbeitstagen im September erhöhte sich die arbeitsmäßige Leistung auf 9096 Tonnen gegen 8658 Tonnen im August mit 31 Arbeitstagen. Die Besserung gegenüber dem Vormonat beträgt daher rund 5 Prozent.

Konsum und Landwirtschaft

Der Verbrauch deutscher Produkte

Den Gegnern der Konsumgenossenschaften ist jedes Mittel recht, die Selbsthilfe der Verbraucher zu verunglimpfen. So wird in jüngster Zeit wiederholt versucht, die Landwirtschaft gegen die Konsumgenossenschaften in Harnisch zu bringen mit der Behauptung, die Konsumgenossenschaften bzw. ihre Einkaufszentrale, die Großeinlaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, vernachlässige den Absatz deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Zunächst ist es eine allgemein bekannte Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den gesamten Bedarf der deutschen Bevölkerung an Butter zu befriedigen. Die Einfuhr ausländischer Butter ist also noch nicht zu vermeiden. Wollen die Konsumgenossenschaften ihren Grundfähen treu bleiben, so können sie nur Bedarfsgüter in bester Beschaffenheit liefern. Das gilt im besonderen Maße von einem so hochwertigen Nahrungsmittel, wie es die Butter ist.

Sollten die Konsumgenossenschaften für die ihnen

IRMGARD KEUN: **Gilgi**
eine von uns

41]

Und Gilgi zieht den Trenchcoat über — vergißt, den Hut aufzusetzen — rennt durch die Straßen — zur Sparkasse. So — siebenhundert Mark hat sie — fehlen noch fünf-hundert. Woher fünfhundert Mark bekommen? Ich hab' es versprochen, ich muß es halten. Zu Pit — vielleicht weiß Pit einen Rat. Und Gilgi rennt mit fliegendem Mantel — hat rote Backen und durcheinander geflattertes Haar — vergißt für Augenblicke ganz den traurigen Zweck, für den sie das Geld braucht. Vergißt Hertha, die kleinen Kinder — vergißt ihre eigenen Sorgen und Kümernisse — vergißt selbst Martin — hat nur ein Ziel vor Augen: bis heute abend muß ich das Geld haben. Das ist eine schwierige Aufgabe, deren Lösung eine geradezu befreiende sportliche Freude bereitet. Plötzlich ist sie für Augenblicke wieder die smarte kleine Gilgi von früher, die gut und gern die halsbrecherischsten Wetten einging, und der es

und macht große vielwissende Augen... ist doch ein wunderbarer Genuß, sich selbst schlecht zu machen, nicht wahr, Pit? Wie oft wollen Menschen denn geboren werden? Da glaubt einer, er macht sich neu, wenn er sich noch um einiges schlechter macht, als er in Wirklichkeit ist. Urewiges Erbleid, daß keiner sich selbst Absolution erteilen kann — und Gott kann's auch nicht. Gott — dieses Stückchen überanstrengtes Vorstellungsvermögen, Gott — diese blasse Verlegenheitslüge — Gott sagt man — und Mensch meint man. Wahr ist die Sehnsucht nach Mensch — Mensch ist mehr als Gott — Mensch ist Vieh und Gott. Sehnsucht nach Gott — verdammte Bequemlichkeit, die nichts kostet. Blutleere Schwärmerie. Sehnsucht nach Mensch — die bezahlt man mit seinem Blut und mit seinem Ich und mit seinem Fleisch — Sehnsucht nach Gott kann man mit Assignaten begleichen — Lumpen — Papier — — Ein Tropfen rotes Blut ist mehr wert als drei Gebete. — „Ja, Gilgi, ich hab' mich benommen wie ein Schwein — du mußt mich verachten.“

„Erst veracht' ich dreimal mich selbst, eh' ich einen andern verachte“, sagt Gilgi mit hoher heller Stimme. „Quatsch nicht so dummes Zeug, Pit — was dich quält und was dich ungerecht macht, das quält alle und macht

alle ungerecht — ich glaub's jetzt wenigstens — kann mich ja irren.“

„Willst du einen Kognat, Gilgi?“ In ungewohnter Gastgebereifrigkeit stolpert Pit durchs Zimmer — stellt ein Jahnpußglas und einen Eierbecher auf den Tisch. —

„Schenk man ein, Pit“, sagt Gilgi und nimmt dann das halbgefüllte Odoglas — setzt sich Pit gegenüber — „Du bist ein anständiger Junge, Pit — zuweilen. Immer anständig ist kein Mensch — wenn einer überhaupt die Möglichkeit hat, hin und wieder anständig zu sein, so ist das schon viel — na, und du hast diese Möglichkeit. Und daß du im übrigen dieselbe natürliche, gesunde Krankheit im Blut hast wie ich — das kann ich dir doch weiß Gott nicht übelnehmen.“

Gilgis Worte machen Pit betrübener als der Kognat. Da kann man Selbstsicherheit und Weltverachtung sumpfterrinenweise gegessen haben — von Zeit zu Zeit braucht man eine Instanz — die Instanz, die das „Du bist gut“ oder „Du bist böse“ — „Du bist da“ oder „Du bist nicht da“ zu einem sagt — die Instanz, die den weißen oder den schwarzen Orden geben kann. Man braucht eine Instanz, also schafft man sich eine — und die kleine Rot-Instanz Gilgi heftet dem nach Bestätigung verlangenden Freunde bereitwillig den weißen Orden an die selbstzweifelsüchtige Brust. „Na, kommt schon wieder in Ordnung, Pit — eher und leichter als ich, paß auf.“ Das hört nun keiner gern, daß er's leichter haben soll als andere. Sind ja nicht gerade schön und reiflos beglückend, die eignen Konflikte, aber dafür sollen sie wenigstens sehr einmalig und unter allen Umständen am schwersten sein. Pit faßt nach Gilgis Hand, legt sein hartes Jungengesicht in die weiche, kühle Fläche — „Kleiner Oedipuskomplex, Pit? Männersehnsucht nach Frauenüberlegenheit? Na, Pit — —“ die

weiche Handfläche unter seinem Gesicht rollt sich zur Faust, schlägt ihm leicht gegen's Kinn — „es geht jetzt gar nicht um uns beide, Pit, es geht um dritte. Weißt du, wo ich jetzt sofort fünfhundert Mark herbekommen kann?“ Aufmerksam hört Pit zu, wie Gilgi von Hans und Hertha erzählt.

„... und zwei kleine Kinder, und ein drittes ist unterwegs...“

„Unverantwortlich, diese Kaninchenhafte Fruchtbarkeit. Warum bekommen sie andauernd Kinder?“

„Sie haben nur ein Bett, Pit.“

„Sie sollten die Kinder nicht zur Welt kommen lassen...“

„Sie haben kein Geld, Pit.“

„Es gibt Menschen, die zu schwach sind fürs Leben und die man darum ruhig trepiere lassen sollte...“

„Schwäche und Stärke machen noch längst nicht den Wert eines Menschen aus, Pit.“

„Aber ihre Lebensfähigkeit.“

„Aber nicht ihre Lebensberechtigung.“

„Die muß jeder sich selbst erwerben.“

„Die erwirbt man selbst nur, indem man anderen dazu verhilft.“

„Man muß ökonomisch sein, wenn man —“

„Man zeigt sich arm, wenn man mit Hilfe spart...“

„Man soll nur denen helfen, für die Hilfe auch wirklich Hilfe ist.“

„Man soll jedem helfen.“

„Das ist nicht wahr.“

„Das ist wahr.“

„Humanitätsduftelei.“

„Verpflichtung. — Hör' auf, Pit, es konnte sein, daß deine Dialektik meiner überlegen ist. Dialektik! Wie jämmerlich — wo's um vier lebendige Menschen geht. Zuweilen sollten einem einzelne Menschen wichtiger sein als die Masse...“

(Fortsetzung folgt.)



Pit Phot. Paramount

nicht im Traume einfiel, sich den sicheren Gewinn durch irgendwelche Empfindsamkeit gefährden zu lassen.

Immer im Dauerlauf durch die Straßen — oh, man kommt nicht so schnell außer Atem. Macht ordentlich Spaß, eine Aufgabe zu haben, die ein bißchen schwer ist. Vielleicht breche ich irgendwo ein — mit vierzehn Jahren hätte ich mir mal vorgenommen, die Geliebte von 'nem Fassadenkletterer zu werden — stellte mir das sehr reizvoll vor — so an ner dunklen Straßenecke Schmiere zu stehen und auf zwei Fingern zu pfeifen, wenn...

„Tag, Gilgi“, sagt Pit und macht glückliche, überraschte Augen, als sie ins Zimmer stürzt. „Tag, Pit“, sagt Gilgi — und braucht nur stillzustehn, braucht nur ihre eigne Stimme zu hören, um aus der flüchtigen Leichtigkeit vergangener Minuten — der kurz geträumten Gilgi-Reminiszenz wieder in die dunkle, unerkannte, erlebnis schwere Jetztwelt zu fallen. Ach, Unbetümmtheit ist zu Selbsttäuschung geworden. Das schmale Grenzband hat man überschritten, das die Nur-Gegenwartshafteit von den Vergangheits- und Zukunfts-Verbundenen trennt. Da hat's einen herausgerissen aus dem dünnblütig behaglichen Bettbegriff: Leute — herausgerissen zum Menschsein. Mensch sein — das heißt was — da gibt's kein Untertrieden in Gesamtheit mehr — da heißt's allein sein. Das muß man lernen — Mensch zu sein, das muß man lernen — zu wissen, daß ein Baden tausend Tränen kostet, das muß man lernen — zu wissen, daß eine Stunde Glück mit tausend Stunden Weh bezahlt wird... Ja, und jetzt muß ich erst mal fünfhundert Mark haben.

„Willst du dich nicht setzen, Gilgi?“

„Doch.“ Gilgi fällt auf Pits Bett. „Ich glaube, ich habe den Verstand verloren, Pit — ich werde irrsinnig...“

Soll sie man reden. Was geht einen das schon an, was ein anderer redet! Pit hat eigene Last auf dem Buckel — — runter damit. „Ich hab' mich benommen wie ein Schwein, Gilgi — damals...“ Wieder löst Gilgi sich aus sich selbst heraus — sieht Pit an — hört ihm zu — versteht sehr gut, was er will und meint. Sie lächelt ein bißchen

Vor 75 Jahren wurden in Neandertal, einem Ausflugsort bei Düsseldorf, eine Schädeldecke und ein paar Knochenreste gefunden. Große Aufregung demühtigte sich der wissenschaftlichen Welt. Man glaubte, den Urmenschen entdeckt zu haben, das Bindeglied Affe-Mensch. Aber das Kästelroten sollte erst anfangen. Die nächsten Jahrzehnte brachten neue überraschende Funde, viel ältere, und bald war der Neandertaler nicht mehr der Urentel, sondern nur noch der Entel. Die Spuren von Heidelberg, Java, Peking usw. zeigten, daß der Mensch viel früher da war, als man bisher annahm, und wahrscheinlich, wie jetzt vielfach behauptet wird schon im Tertiär, also vor ungefähr 500 000 Jahren existierte.

In noch jüngere Erdperioden verlegt Eugen Georg in einer bemerkenswerten Arbeit im „Schlüssel zum Weltgeschehen“ das Erscheinen des homo sapiens. Er meint, wie auch der Anthropologe Corvin, daß wir beim Suchen nach vorzeitlichen Knochenresten von solchen Voraussetzungen ausgingen, wenn wir nur nach einem Wesen fahnden, das unserem Ebenbild entspricht. Es besteht aber die Möglichkeit, daß die Menschen einmal anders ausluden, vielleicht Zwerg waren und uns nicht höher als bis zum Knie reichten. Das mag zu jener Zeit gemessen sein, als die Natur alles klein gestaltete und der Ahn unseres Pferdes nicht größer als ein Kaninchen war. Daß eine solche Epoche wirklich existierte, ist sicher, jedoch unsere Vorfahren als Gnome und Wichtelmänner kann heute nur als reizvolle Hypothese gelten, solange greifbare Beweise fehlen.

Aber die Entdeckungen überstürzten sich, und alles, was wir über die Vorgeschichte des Menschen wissen, sind nur dürftige, dauernd umstrittene Bruchstücke. Auch um die afrikanischen Funde von Oldoway ist jetzt ein Gelehrtenstreit ausgebrochen. Die englischen Fachleute behaupten, es handle sich hier um einen neuzeitlichen Menschen, der nur durch Beerdigung in die tieferen geologischen Schichten gelangte, wogegen Professor Kest, der Entdecker, an seiner Meinung festhält, daß wir im Oldowaymenschen den ältesten Vertreter unserer Gattung vor uns haben, der bis heute ans Tageslicht kam.

Ueber das kürzlich ausgegrabene Germanenmädchen in Jülich und bringt der „Kosmos“ einige interessante Einzelheiten. Holzjagd und Viehhaltung der moorigen Boden trotz der 3500 Jahre (nur eine Schädel!) vorzüglich erhalten. Die Bekleidung aus grobem Stoff macht im Schnitt einen durchaus modernen Eindruck. Kniefreies Röckchen und Busstoppf! Was will man mehr. Nur der Lippenstift fehlt. Als Grabbeigabe fanden sich Geräte für die Nagelpflege, woraus man schließen kann, daß die germanischen Jünglinge Sinn für schöne Frauenhände hatten. Aber eine weniger sympathische Grabbeigabe bildet die Leiche einer verbrannten Skavin. Diesem schrecklichen

Brauch, den Borneesen ihre Leibeigenen mit ins Grab zu geben, folgte man also nicht nur in den südlichen Kulturen der Vorzeit, sondern auch in Germanien.

Die Meteore, jene winzigen Weltenbummler, bereiten der Forschung noch arges Kopfzerbrechen. Vielleicht sind sie nur für die Übergangsphasen bestimmt, die sich beim Aufleuchten eines Meteors etwas wünschen, das „auch nicht“ in Erfüllung geht. Wir konnten bis heute nur feststellen, daß die Meteorwärme in ziemlich gleichmäßigen Perioden auftritt. Um ein Bild von der Dichte eines solchen Meteorregens zu erhalten, wurde im August von dem Flower Observatorium die Beobachtung organisiert. An 150 verschiedenen Plätzen wurden die Meteore gezählt. In drei Nächten waren es nicht weniger als 28 000, die am Horizont aufflammten. Man sieht daraus, daß es im Weltraum recht lebhaft zugeht, daß die Geschosse hin- und herfliegen und auch die Mutter Erde ihren breiten Rücken herhalten muß.

Daß es dabei nicht immer sanft zugeht, wissen wir von den gewaltigen Meteorfratern in Sibirien, Arizona und (nach einer neuen Entdeckung) in Arabien. Eine englische Expedition fand hier in einem unbekanntem Teil Krater von einer

Stimme aus dem Grabe

Gebildete Völker können durch Bekriegen vielleicht einige klimatische Eigenheiten der Bildung gegeneinander auswechseln; ob aber Handel, Bücher, Reisen und jegliche Allgemeinheit nicht das kriegerische Bilderstürmen der göttlichen Ebenbilder der Menschen — bloß um sie neu anzumalen — entbehrlich sei, spreche die Frage selber aus: Wiegen einzelne Entwicklungen die Verwicklung des Ganzen auf? Oder der Flor kriegerischer Kräfte den Fall aller friedlichen? — Uebrigens sind' ich der großen Menschen nach Verhältnis mehr im kurzlebenden Griechenland als im langtragenden Rom, und wir hätten vom Glück im Unglück zu sagen, wäre seit der französischen Revolution nur jede Schlacht die Mutterzwiebel oder die Wehmutter eines neuen großen Mannes geworden, und hätte man für die gefüllte Schädelstätte eines Schlachtfeldes stets einen großen Kopf erkaufte. Aber die Zeit ist jetzt größer als ihre Menschen. Große Männer haben sich meistens an dem Freiheit-Forum, in Kreuzschulen, in wissenschaftlichen Friedens-, nicht Kriegsschulen entfaltet; und Sokrates lernte nicht erst von seinem Feldzuge den dreißig Tyrannen und dem Giftbecher widerstehen.

Jean Paul.

Größe, die alles übertreffen soll. Näheres bleibt abzumarten.

In Arizona hat man kürzlich die Grabungen nach dem eigentlichen Meteoriten wieder aufgenommen. Der Bohrer blieb 225 Meter tief in einem harten nichtleitenden Metall stecken, und die Optimisten glauben, endlich auf das gesuchte Objekt gestoßen zu sein. Aber Zweifel sind angebracht, denn der Meteorit mit seiner Endgeschwindigkeit von mehr als 30 Kilometer in der Sekunde und seinem auf 360 000 Tonnen geschätzten Gewicht mag viel tiefer eingedrungen sein — falls er nicht vorher völlig zerborsten ist, was die vielen kleinen Stücke, die man im Krater fand, denkbar macht.

Aus dem großen Gebiet der Strahlenexperimente, worüber hier schon öfter berichtet wurde, sei ein letzter Versuch erwähnt, der fast an das indische Mangobaumwunder erinnert. Samen von der Grapefrucht wurde zwei Minuten lang Röntgenstrahlen von 200 000 Volt ausgesetzt. Acht Tage später wurde der Samen in einem elektrisch geheizten Treibhaus eingepflanzt, und zwei Monate später trug die etwa 5 Zentimeter hohe Pflanze die erste Blüte. Unter normalen Bedingungen muß die Grapefruchtpflanze mindestens fünf, meistens zehn Jahre alt und wenigstens einen Meter hoch sein, bevor die erste Blüte zu sehen ist. Also ein recht beträchtlicher Unterschied! Aber mehr als ein interessantes Experiment ist dies nicht, denn diese per Expreß entwickelten Blüten bleiben unfruchtbar.

Ein aktuelles Thema der Technik bilden die Umgestaltungen in der Brennstoffversorgung. Die wachsende Zahl der Schiffe mit reiner Dampferzeugung bilden bekanntlich eine große Gefahr für den Kohlenabsatz. Man hat einen Ausweg gefunden, um beiden Parteien gerecht zu werden, indem man dem Despulverisierte Kohle, sechs zu vier Teilen, zumischt. Mit diesem neuen Brennstoff hat jetzt die „Scythia“ ihre Probefahrt beendet, und in England herrscht große Freude. Durch diese Aenderung hofft allein die Cunard-Linie ihren Kohlenbedarf um 400 000 Tonnen steigern zu können.

In Oberhausen verkehren jetzt die ersten Autos, die anstatt Benzin Methangas als Antriebsmittel benutzen. Methan, auch Sumpfgas genannt, wird bei der Kohzersetzung gewonnen und wurde früher als unverwertbar mitverbrannt. Es entpuppte sich als guter Explosivstoff, mit dem man Autos antreiben kann, ohne deren Konstruktion ändern zu müssen. Das Gas wird in Stahlschiffen mitgeführt. Es gibt aber auch natürliche Sumpfgasquellen, z. B. bei Rünster i. W., die man auch zu diesem Zweck nutzbar machen will.

Gog.

